Deutscher Bundestag **Drucksache 17/6275**

17. Wahlperiode 24. 06. 2011

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Klaus Ernst, Diana Golze, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/6013 –

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Vorbemerkung der Fragesteller

Seit der Einführung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sind die Zahlen der Leistungsberechtigten stark angestiegen. Insbesondere die Personen, die eine dauerhafte volle Erwerbsminderungsrente beziehen, sind immer öfter auf die Fürsorgeleistung angewiesen. Dabei verfälschen die offiziellen Zahlen das Ergebnis. Denn spätestens mit Erreichen der Regelaltersgrenzen von derzeit 65 Jahren wird eine Erwerbsminderungsrente in eine Altersrente umgewandelt. Die Höhe der Rente ändert sich dabei in der Regel nicht. Wer über 65 Jahre alt ist und eine zu geringer Rente hat, bekommt dann die Grundsicherung im Alter – statt der Grundsicherung bei Erwerbsminderung. Damit sinkt die offizielle Zahl der Bezieherinnen und Bezieher der Grundsicherung bei Erwerbsminderung. Um das Armutsrisiko aufgrund einer Erwerbsminderung umfänglich dazustellen, müssen die Personen über 65 Jahre, die ursprünglich eine Erwerbsminderungsrente bezogen, statistisch unter dem Punkt „Erwerbsminderung“ erfasst werden.

Vorbemerkung der Bundesregierung

In der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) sind hilfebedürftige Personen leistungsberechtigt, die entweder volljährig und dauerhaft voll erwerbsgemindert sind oder ein der Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung nach dem Sechsten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VI) entsprechendes Lebensalter erreicht beziehungsweise überschritten haben. Bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung handelt es sich deshalb nicht um getrennte Leistungssysteme für dauerhaft voll erwerbsgeminderte Personen einerseits und für Personen ab einem der Regelaltersgrenze entsprechenden Lebensalter andererseits.

Die Unterscheidung zwischen voller bzw. dauerhafter voller Erwerbsminderung und Erreichen eines der Regelaltersgrenze entsprechenden Lebensalters ist ein Grundsatz des Sozialrechts und gilt neben dem SGB XII auch für das SGB VI

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 22. Juni 2011 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

und die Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II). Auf die Regelaltersgrenze wird deshalb abgestellt, weil das entsprechende Lebensalter in allgemeiner Betrachtung mit dem Ende der Erwerbsphase gleichgesetzt wird. Dies wiederum bedeutet, dass ab dem entsprechenden Lebensalter die Ausübung einer Erwerbstätigkeit nicht mehr erwartet wird. Deshalb ist es sozialrechtlich nicht von Bedeutung, ob ab diesem Lebensalter eine individuelle und objektive Möglichkeit für die Ausübung einer Erwerbstätigkeit vorhanden ist oder nicht. Im SGB VI wird mit Erreichen der Regelaltersgrenze die Erwerbsminderungsrente durch die Altersrente ersetzt und in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wird die Leistungsberechtigung wegen dauerhafter voller Erwerbsminderung zu einer Leistungsberechtigung wegen Alters.

Für eine statistische Erfassung des Kriteriums „Erwerbsminderung“ bei Personen, die ein der Regelaltersgrenze entsprechendes Lebensalter erreicht oder überschritten haben, gibt es deshalb weder im SGB XII noch im SGB VI ein Erfordernis.

Die Zahl der Leistungsberechtigten in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ist seit deren Einführung im Jahr 2003 bis zum Jahr 2009 (letzter verfügbarer Datenstand) um 74 Prozent oder 325 000 Personen angestiegen. Allerdings ist dieser Anstieg über die Jahre hinweg nicht gleichmäßig erfolgt. In den Jahren 2003 bis 2007 erhöhte sich die Zahl der Leistungsberechtigten um 293 771 Personen oder 67 Prozent. Dabei ist der jährliche prozentuale Anstieg seit dem Jahr 2004 rückläufig. Erstmals ist es im Jahr 2009 sogar zu einem leichten Rückgang der Zahl der Leistungsberechtigten (um 3 818 Personen) gekommen.

Diese Entwicklung ist nicht ungewöhnlich für ein neu eingeführtes Sozialleistungssystem: Anträge auf eine neue Leistung werden nicht unmittelbar mit Inkrafttreten gestellt, bearbeitet und bewilligt. Dies führte anfänglich bei den Sozialhilfeträgern zu einem teilweise nicht unerheblichen Rückstand bei der Antragsbearbeitung. Ferner hat ein Teil der Leistungsberechtigten zuvor bereits Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem (heutigen) Dritten Kapitel SGB XII bezogen und wurde von den Trägern der Sozialhilfe erst allmählich auf Leistungen nach dem Vierten Kapitel umgestellt. Im Ergebnis ist für die Jahre 2003 bis 2005 von statistischen Untererfassungen auszugehen.

Die Zahl der dauerhaft voll erwerbsgeminderten Leistungsberechtigten ist seit 2003 schneller angestiegen als die der 65-Jährigen und älteren. Dadurch erhöhte sich der Anteil der voll erwerbsgeminderten Leistungsberechtigten von 41,3 Prozent am Jahresende 2003 auf 47,7 Prozent am Jahresende 2009. Zu dieser Anteilserhöhung kann in der Vergangenheit auch beigetragen haben, dass nicht alle SGB-XII-Träger dauerhaft voll erwerbsgeminderte Leistungsberechtigte mit Vollendung des 65. Lebensjahres statistisch „umgestellt“ haben. Erklärbar wäre dies, weil sich dadurch weder für die Leistungsberechtigten noch für die Leistungsträger eine materielle und über die korrekte statistische Erfassung hinausgehende Wirkung einer solchen Umstellung ergibt.

1. Wie viele Personen bezogen in den jeweiligen Jahren von 2003 bis 2010 Leistungen im Rahmen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (bitte getrennt insgesamt und separat für Alter und Erwerbsminderung sowie jeweils getrennt für Männer und Frauen jeweils im Bundesgebiet und den Bundesländern angeben)?

Die entsprechenden Daten für die Jahre 2003 bis 2009 (letzter verfügbarer Datenstand) sind im Tabellenanhang (Tabelle 1) enthalten.

2. Wie viele Personen, die in den jeweiligen Jahren von 2003 bis 2010 Leistungen der Grundsicherung im Alter bezogen, bezogen unmittelbar vor der Altersrente eine Rente wegen voller Erwerbsminderung (bitte insgesamt und getrennt nach Geschlecht, jeweils für das gesamte Bundesgebiet und die einzelnen Bundesländern)?

Die Bundesstatistik für das Vierte Kapitel SGB XII erfasst, wie viele Leistungsberechtigte in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Dezember des jeweiligen Berichtsjahres Einkommen – unter anderem differenziert nach Renten der gesetzlichen Rentenversicherung und anderen Einkommensarten – bezogen haben. Weitergehende Differenzierungen enthält die Statistik jedoch nicht. In den Statistiken der Deutschen Rentenversicherung liegen demgegenüber keine Angaben darüber vor, wie viele Rentenbezieher gleichzeitig Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung beziehen. Deshalb sind keine Rückschlüsse möglich auf die Zahl von Leistungsberechtigten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die vor dem Bezug einer Altersrente eine Rente wegen voller Erwerbsminderung bezogen haben.

3. Wie viele Personen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben und eine in eine Altersrente umgewandelte Erwerbsminderungsrente beziehen, beziehen gleichzeitig Leistungen nach dem Vierten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch – SGB XII (Grundsicherung im Alter – bitte getrennt nach Geschlecht für das Bundesgebiet und die Bundesländer angeben)?

   Wie viele Personen die das 65. Lebensjahr vollendet haben, beziehen eine in eine Altersrente umgewandelte Erwerbsminderungsrente?

Ein Anspruch auf Erwerbsminderungsrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung besteht längstens bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze von derzeit 65 Jahren; nach Erreichen dieser Altersgrenze wird die Erwerbsminderungsrente durch die Altersrente ersetzt.

Angaben zur Anzahl der Rentenänderungen, differenziert nach Rentenarten vor und nach Rentenänderung, liegen in den Statistiken der Deutschen Rentenversicherung lediglich im Rahmen der Rentenzugangsstatistiken vor. Das heißt, Rentenänderungen werden jährlich nur für das Jahr erfasst, in dem die Rentenänderung durchgeführt wurde. In den Statistiken zum Rentenbestand liegen entsprechende Angaben hingegen nicht vor. Geänderte Renten werden hier der Rentenart nach der Rentenänderung zugeordnet. Wie viele Personen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, eine Altersrente beziehen, der eine Erwerbsminderungsrente vorausgegangen ist, kann hieraus nicht ermittelt werden.

Darüber hinaus liegen in den Statistiken der Deutschen Rentenversicherung keine Angaben darüber vor, wie viele Rentenbezieher gleichzeitig Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung beziehen. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

Hinsichtlich der sozialrechtlichen Auswirkungen des Erreichens eines der Regelaltersgrenze entsprechenden Lebensalters wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

4. Wie viele Personen, die in den jeweiligen Jahren von 2003 bis 2010 die Grundsicherung im Alter bezogen haben, hatten unmittelbar vor Bezug der Grundsicherung im Alter die Grundsicherung bei voller dauerhafter Erwerbsminderung bezogen (bitte insgesamt und nach Geschlecht getrennt, jeweils für das Bundesgebiet und die Bundesländer)?

Entsprechende Daten werden in der Bundesstatistik für das Vierte Kapitel SGB XII nicht erfasst.

Hinsichtlich der sozialrechtlichen Auswirkungen des Erreichens eines der Regelaltersgrenze entsprechenden Lebensalters und die statistische Erfassung der persönlichen Leistungsvoraussetzungen in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

5. Wie viele Personen bezogen in den Jahren von 2003 bis 2010 zum Stichtag 31. Dezember des jeweiligen Jahres Leistungen der Grundsicherung im Alter und waren nach dem 31. Dezember 1938 bzw. nach dem 31. Dezember 1939 geboren (bitte insgesamt und nach Geschlecht getrennt, jeweils für das Bundesgebiet und die Bundesländer)?

Das Alter von Leistungsberechtigten in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wird in der Bundesstatistik nur in Altersstufen erfasst, die jeweils fünf Jahrgänge umfassen (zum Beispiel: 65 bis unter 70 Jahre, 70 bis unter 75 Jahre). Deshalb ist eine Differenzierung der Zahl der Leistungsberechtigten danach, ob sie nach dem 31. Dezember 1938 bzw. nach dem 31. Dezember 1939 geboren sind, nicht möglich. Der aktuell verfügbare Datenstand ist Jahresende 2009.

Die im Anhang enthaltenen Tabellen zu Frage 5 (Tabelle 2) enthalten deshalb für die Jahre 2003 bis 2009 die Altersgruppen 65 bis unter 70 Jahre sowie 70 bis unter 75 Jahre.

Zur Interpretation der Daten:

- Am Jahresende 2003 waren alle Leistungsberechtigten ab 65 Jahre (257 734 Personen) vor dem 1. Januar 1939 geboren, denn ein Leistungsanspruch wegen Vollendung des 65. Lebensjahres im Jahr 2003 setzt voraus, dass das 65. Lebensjahr spätestens im Dezember 2003 vollendet worden ist, leistungsberechtigt waren folglich die Geburtsjahrgänge 1938 und früher, diese sind für die Fragestellung nicht relevant.
- Am Jahresende 2004 war wegen Vollendung des 65. Lebensjahres zusätzlich der Geburtsjahrgang 1939 leistungsberechtigt, folglich war nur dieser zusätzlich leistungsberechtigte Jahrgang nach dem 31. Dezember 1938 geboren. Die Zahl der nach dem 31. Dezember 1938 geborenen Personen kann jedoch nicht aus der Differenz zwischen der Zahl der Leistungsberechtigten am Jahresende 2004 und am Jahresende 2003 ermittelt werden, da im Jahr 2004 auch für Personen der Geburtsjahrgänge bis 1938 Leistungsanträge bewilligt wurden und für Personen aus dem Bestand zum Jahresende 2003 im Verlauf des Jahres 2004 die Leistungsberechtigung weggefallen ist.
- Am Jahresende 2005 war wegen Vollendung des 65. Lebensjahres zusätzlich der Geburtsjahrgang 1940 leistungsberechtigt, folglich war nur dieser zusätzlich leistungsberechtigte Jahrgang nach dem 31. Dezember 1939 geboren. Wie bereits für das Jahresende 2004 dargestellt, kann die Zahl der nach dem 31. Dezember 1939 geborenen Personen nicht durch Differenzbildung ermittelt werden.
- Ab dem Jahresende 2005 waren in jedem Jahr wegen Vollendung des 65. Lebensjahres ein zusätzlicher Jahrgang und damit Personen, die nach dem 31. Dezember 1939 geboren sind, leistungsberechtigt. Auch hier gilt, dass die Ermittlung der Zahl der Personen dieser Jahrgänge nicht durch Differenzbildung ermittelt werden kann.

6. Wie viele Personen, die in den jeweiligen Jahren von 2003 bis 2010 Leistungen der Grundsicherung im Alter bezogen, hatten bei erstmaliger Beantragung das 65. Lebensjahr bereits vollendet?

In der Bundesstatistik für das Vierte Kapitel SGB XII wird das Alter bei der erstmaligen Antragstellung nicht erfasst, die erfragten Daten liegen deshalb nicht vor.

7. Wie hoch war der Bruttobedarf (insgesamt und getrennt nach Regelleistung, Kosten der Unterkunft und Mehrbedarfe) der Leistungsberechtigten (insgesamt und einzeln für Alleinstehende, Zweipersonenhaushalte, Haushalte mit Kindern und Haushalte mit drei oder mehr Personen) in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (bitte insgesamt und getrennt für Grundsicherung wegen Alter und Erwerbsminderung) in den jeweiligen Jahren seit 2003 bis 2010 (bitte insgesamt und getrennt nach Geschlecht, jeweils für das Bundesgebiet und die Bundesländer angeben)?

8. Wie hoch waren die tatsächlichen und die anerkannten Kosten für Unterkunft und Heizung bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (insgesamt und einzeln für Alleinstehende, Zweipersonenhaushalte, Haushalte mit Kindern und Haushalte mit drei oder mehr Personen) in den jeweiligen Jahren seit 2003 bis 2010 (bitte jeweils für das Bundesgebiet und die Bundesländer angeben)?

Die Fragen 7 und 8 werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

In der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung gibt es im Unterschied zur Hilfe zum Lebensunterhalt (Drittes Kapitel SGB XII) keine Haushaltsgemeinschaften und im Unterschied zum SGB II auch keine Bedarfsgemeinschaften. Leistungsberechtigt sind nur volljährige Personen. Insofern wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 25 und 31 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. betreffend „Grundsicherung und damit verbundene soziale Aspekte in Deutschland“ auf Bundestagsdrucksache 17/5861 verwiesen.

In die Höhe der durchschnittlichen Bruttobedarfe und der tatsächlichen anerkannten Kosten für Unterkunft und Heizung gehen damit neben Einpersonenhaushalten beziehungsweise Haushalten von Alleinerziehenden (leistungsberechtigt nach dem Vierten Kapitel ist nur die alleinerziehende Person), für die Regelbedarfsstufe 1 gilt, auch die Unterkunftskosten weiterer Leistungsberechtigter ein. Dies sind zum einen die in einem Paarhaushalt lebende Erwachsene, wobei Einkommen und Vermögen von einem im gemeinsamen Haushalt lebenden Partner berücksichtigt wird (es gilt Regelbedarfsstufe 2). Zum anderen sind es weitere erwachsene Personen in einem Haushalt, die nicht in einer Paarkonstellation leben (es gilt Regelbedarfsstufe 3). Die Leistungsberechtigung in dieser Konstellation beruht auf der Nichtanwendbarkeit der Unterhaltsvermutung, also der Annahme, dass andere erwachsene Mitglieder eines Haushalts nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zum Lebensunterhalt einer hilfebedürftigen Person beitragen.

In die Durchschnittsbeträge für die Bruttobedarfe sowie für die tatsächlich anerkannten Aufwendungen für Unterkunft und Heizung gehen deshalb neben den Bedarfen beziehungsweise Aufwendungen von Einpersonenhaushalten (entspricht dem Bedarf beziehungsweise den Aufwendungen von Haushalten) auch die anteiligen Bedarfe beziehungsweise Aufwendungen von leistungsberechtigten Personen ein, die keinen Haushalt allein führen. Dies bedeutet insbesondere für die ausgewiesenen Durchschnittsbeträge der Bruttobedarfe für Unterkunft und Heizung sowie die tatsächlichen anerkannten Aufwendungen für Unterkunft und Heizung Folgendes: Sie enthalten auch die anteiligen, also auf einzelne leistungsberechtigte Personen in Mehrpersonenkonstellationen entfallenden Anteile an den Aufwendungen für Unterkunft und Heizung des gesamten Haushalts, in dem diese leben.

Am Jahresende 2009 lag der Bruttobedarf im Bundesdurchschnitt bei 658 Euro im Monat.

Differenzierte Daten für die Jahre 2003 bis 2009 für die verschiedenen Bedarfe bundesweit und nach Ländern sind im Tabellenanhang (Tabellen 3 und 4) enthalten.

9. Wie viele Anspruchsberechtigte auf Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erhielten in der Bundesrepublik Deutschland und in den einzelnen Bundesländern in den einzelnen Jahren von 2003 bis 2010 keine oder geringere Leistungen als ihnen zustehen (verdeckt Arme) (bitte absolut und Quote Nichtinanspruchnahme, jeweils für das Bundesgebiet und die Bundesländer angeben)?

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 34 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. betreffend „Grundsicherung und damit verbundene soziale Aspekte in Deutschland" auf Bundestagsdrucksache 17/5861 verwiesen.

10. Wie bewertet die Bundesregierung die Aussagen bezüglich der verdeckten Armut im Bereich des SGB XII bei Becker/Hauser 2010: „Kindergrundsicherung, Kindergeld und Kinderzuschlag. Eine vergleichende Analyse aktueller Reformvorschläge", S. 138?

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung zu der gleichlautenden Frage 35 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. betreffend „Grundsicherung und damit verbundene soziale Aspekte in Deutschland" auf Bundestagsdrucksache 17/5861 verwiesen.

11. Was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um das Grundrecht auf ein Existenzminimum und gesellschaftliche Teilhabe abzusichern, also auch die verdeckte Armut im Bereich des SGB XII (hier: Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) zu bekämpfen?

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung zu der gleichlautenden Frage 36 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. betreffend „Grundsicherung und damit verbundene soziale Aspekte in Deutschland" auf Bundestagsdrucksache 17/5861 verwiesen.

12. Gedenkt die Bundesregierung für den 4. Armuts- und Reichtumsbericht und für die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2012 valide Daten zur verdeckten Armut im Bereich des SGB XII, also auch für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zu erheben?

    Wenn ja, wer wurde damit beauftragt?

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung zu der gleichlautenden Frage 37 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. betreffend „Grundsicherung und damit verbundene soziale Aspekte in Deutschland" auf Bundestagsdrucksache 17/5861 verwiesen.

Tabellenanhang

Tabelle 1: zu Frage 1	Empfänger und Empfängerinnen von Leistungen der Grundsicherung nach dem Vierten Kapitel SGB XII von 2003 bis 2009, jeweils Dezember
Tabelle 2: zu Frage 5	Empfänger und Empfängerinnen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Deutschland von 2003 bis 2009, jeweils Dezember, nach Land, Altersgruppen, Berichtszeitpunkt und Geschlecht
Tabelle 3: zu Fragen 7 und 8	Empfänger und Empfängerinnen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Deutschland nach Land und Durchschnittsbeträgen für die Bedarfe im Berichtsmonat Dezember 2003 Dezember 2004 Dezember 2005 Dezember 2006 Dezember 2007 Dezember 2008 Dezember 2009
Tabelle 4: zu Fragen 7 und 8	Empfänger und Empfängerinnen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Deutschland nach Land und Durchschnittsbetrag für den Mehrbedarf nach GSiG im Berichtsmonat Dezember 2003 Dezember 2004
	Empfänger und Empfängerinnen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Deutschland nach Land und Durchschnittsbeträgen für die Mehrbedarfe nach SGB XII im Berichtsmonat Dezember 2005 Dezember 2006 Dezember 2007 Dezember 2008 Dezember 2009

Tabelle 1: zu Frage 1

Empfänger und Empfängerinnen von Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB XII, 2003 bis 2009, jeweils Dezember

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2003

Land	Insgesamt	Voll erwerbs-gemindert 18 bis unter 65 Jahre	65 Jahre und älter	Männlich	Weiblich
Baden-Württemberg	50 957	23 793	27 164	21 449	29 508
Bayern	63 577	25 393	38 184	25 527	38 050
Berlin	13 604	5 644	7 960	5 811	7 793
Brandenburg	11 872	7 378	4 494	5 553	6 319
Bremen 1)	5 545	1 598	3 947	1 835	3 710
Hamburg	14 053	4 440	9 613	5 786	8 267
Hessen	36 845	13 675	23 170	14 563	22 282
Mecklenburg-Vorpommern	8 757	5 286	3 471	4 058	4 699
Niedersachsen	44 655	19 840	24 815	17 769	26 886
Nordrhein-Westfalen	106 151	33 385	72 766	37 451	68 700
Rheinland-Pfalz	23 397	9 261	14 136	8 859	14 538
Saarland	5 770	1 719	4 051	1 890	3 880
Sachsen	16 413	10 257	6 156	7 634	8 779
Sachsen-Anhalt	11 706	7 072	4 634	5 214	6 492
Schleswig-Holstein	17 627	7 714	9 913	7 079	10 548
Thüringen	7 902	4 642	3 260	3 579	4 323
Deutschland	**438 831**	**181 097**	**257 734**	**174 057**	**264 774**

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2004

Land	Insgesamt	Voll erwerbs-gemindert 18 bis unter 65 Jahre	65 Jahre und älter	Männlich	Weiblich
Baden-Württemberg	54 652	25 857	28 795	23 398	31 254
Bayern	70 208	29 368	40 840	29 051	41 157
Berlin	22 970	9 648	13 322	10 084	12 886
Brandenburg	13 517	8 628	4 889	6 558	6 959
Bremen	7 823	2 883	4 940	2 900	4 923
Hamburg	19 163	6 612	12 551	8 162	11 001
Hessen	46 430	19 404	27 026	19 205	27 225
Mecklenburg-Vorpommern	11 596	7 369	4 227	5 659	5 937
Niedersachsen	55 868	26 725	29 143	23 241	32 627
Nordrhein-Westfalen	127 306	46 337	80 969	47 462	79 844
Rheinland-Pfalz	27 105	11 909	15 196	10 680	16 425
Saarland	6 952	2 052	4 900	2 344	4 608
Sachsen	18 224	11 330	6 894	8 610	9 614
Sachsen-Anhalt	14 334	8 754	5 580	6 697	7 637
Schleswig-Holstein	21 121	10 650	10 471	9 022	12 099
Thüringen	8 765	5 371	3 394	4 111	4 654
Deutschland	**526 034**	**232 897**	**293 137**	**217 184**	**308 850**

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2005

Land	Insgesamt	Voll erwerbs-	65 Jahre und	Männlich	Weiblich
Baden-Württemberg.............................	61 790	28 326	33 464	26 447	35 343
Bayern..	79 613	34 411	45 202	33 771	45 842
Berlin...	40 970	17 080	23 890	18 493	22 477
Brandenburg..	16 133	10 068	6 065	7 817	8 316
Bremen...	9 302	3 428	5 875	3 449	5 854
Hamburg..	20 613	7 419	13 194	9 621	10 992
Hessen	53 489	22 855	30 634	22 606	30 883
Mecklenburg-Vorpommern...................	14 246	8 874	5 372	6 909	7 337
Niedersachsen......................................	68 670	33 566	35 104	29 866	38 804
Nordrhein-Westfalen.............................	155 043	63 385	91 658	61 197	93 846
Rheinland-Pfalz....................................	30 325	14 458	15 867	12 666	17 659
Saarland...	9 340	3 714	5 626	3 583	5 757
Sachsen..	21 149	12 576	8 573	9 844	11 305
		10 227	6 575		
	16 802			7 878	8 924
Sachsen-Anhalt.....................................					
Schleswig-Holstein...............................	22 059	10 365	11 694	9 449	12 610
Thüringen..	10 751	6 688	4 063	5 152	5 599
Deutschland	**630 296**	**287 440**	**342 856**	**268 748**	**361 548**

1) Bremen konnte aus technischen Gründen nur die Zahlen für Empfänger insgesamt, außerhalb von Einrichtungen und in Einrichtungen liefern ohne weitere Aufgliederung. Daher wurden die fehlenden Zahlen anhand der Struktur der Bremer Zahlen zum 31.12.2004 für das Jahresende 2005 hochgerechnet. Abweichung in den Summen durch Rundungen bedingt.

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2006

Land	Insgesamt	Voll erwerbs-	65 Jahre und	Männlich	Weiblich
Baden-Württemberg.............................	67 236	30 888	36 348	29 195	38 041
Bayern..	82 833	35 502	47 331	35 791	47 042
Berlin...	51 922	22 379	29 543	23 728	28 194
Brandenburg..	16 954	10 502	6 452	8 233	8 721
Bremen 1)...	9 753	3 745	6 008	3 834	5 919
Hamburg..	23 618	8 351	15 267	10 425	13 193
Hessen	57 303	24 689	32 614	24 465	32 838
Mecklenburg-Vorpommern...................	14 863	9 245	5 618	7 265	7 598
		36 212	37 852		
	74 064			32 463	41 601
Niedersachsen......................................					
Nordrhein-Westfalen.............................	164 661	67 144	97 517	65 567	99 094
Rheinland-Pfalz....................................	31 834	14 725	17 109	13 388	18 446
Saarland...	9 725	4 083	5 642	3 775	5 950
Sachsen..	21 778	12 889	8 889	10 238	11 540
Sachsen-Anhalt.....................................	17 415	10 782	6 633	8 317	9 098
Schleswig-Holstein...............................	26 519	13 128	13 391	11 625	14 894
Thüringen..	11 513	7 184	4 329	5 600	5 913
Deutschland ohne Bremen...................	**672 238**	**307 703**	**364 535**	**290 075**	**382 163**
Deutschland	**681 991**	**311 448**	**370 543**	**293 909**	**388 082**

1) Aufgrund eines Softwareproblems können die Empfänger in Bremen im Berichtsjahr 2006 nicht detailliert nachgewiesen werden. Die von Bremen gelieferten Eckzahlen sind in dieser Tabelle enthalten.

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
2007

Land	Insgesamt	Voll erwerbs-	65 Jahre und	Männlich	Weiblich
Baden-Württemberg	70 580	32 185	38 395	30 762	39 818
Bayern	86 036	36 641	49 395	36 923	49 113
Berlin	51 416	22 868	28 548	24 039	27 377
Brandenburg	18 805	11 701	7 104	9 187	9 618
Bremen	10 253	3 910	6 343	4 010	6 243
Hamburg	25 346	8 919	16 427	11 324	14 022
Hessen	60 452	26 313	34 139	25 986	34 466
Mecklenburg-Vorpommern	15 635	9 861	5 774	7 768	7 867
Niedersachsen	78 276	38 233	40 043	34 363	43 913
Nordrhein-Westfalen	191 858	84 311	107 547	79 023	112 835
Rheinland-Pfalz	32 047	14 867	17 180	13 343	18 704
Saarland	10 497	4 318	6 179	4 161	6 336
Sachsen	23 029	13 445	9 584	10 889	12 140
Sachsen-Anhalt	18 519	11 306	7 213	8 963	9 556
Schleswig-Holstein	27 358	13 491	13 867	12 058	15 300
Thüringen	12 495	7 865	4 630	6 118	6 377
Deutschland	**732 602**	**340 234**	**392 368**	**318 917**	**413 685**

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
2008

Land	Insgesamt	Voll erwerbs-	65 Jahre und	Männlich	Weiblich
Baden-Württemberg	74 390	34 147	40 243	32 890	41 500
Bayern	88 570	37 184	51 386	38 503	50 067
Berlin	56 645	25 527	31 118	26 799	29 846
Brandenburg	19 821	12 496	7 325	9 832	9 989
Bremen	11 069	4 386	6 683	4 469	6 600
Hamburg	26 917	9 430	17 487	12 078	14 839
Hessen	62 658	27 188	35 470	27 243	35 415
Mecklenburg-Vorpommern	16 782	10 789	5 993	8 531	8 251
Niedersachsen	83 260	40 816	42 444	36 954	46 306
Nordrhein-Westfalen	195 656	85 803	109 853	81 416	114 240
Rheinland-Pfalz	34 759	16 225	18 534	14 736	20 023
Saarland	10 979	4 553	6 426	4 352	6 627
Sachsen	24 276	14 443	9 833	11 562	12 714
Sachsen-Anhalt	19 109	11 872	7 237	9 276	9 833
Schleswig-Holstein	29 707	14 505	15 202	13 184	16 523
Thüringen	13 084	8 360	4 724	6 547	6 537
Deutschland	**767 682**	**357 724**	**409 958**	**338 372**	**429 310**

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
2009

Land	Insgesamt	Voll erwerbs-gemindert 18 bis unter 65 Jahre	65 Jahre und älter	Männlich	Weiblich
Baden-Württemberg	71 402	33 680	37 722	32 471	38 931
Bayern	88 793	37 764	51 029	39 508	49 285
Berlin	57 502	26 684	30 818	27 577	29 925
Brandenburg	19 370	12 746	6 624	9 965	9 405
Bremen	11 435	4 584	6 851	4 727	6 708
Hamburg	27 554	9 791	17 763	12 634	14 920
Hessen	63 009	28 062	34 947	28 006	35 003
Mecklenburg-Vorpommern	16 319	10 931	5 388	8 577	7 742
Niedersachsen	82 824	41 721	41 103	37 612	45 212
Nordrhein-Westfalen	195 164	87 127	108 037	83 014	112 150
Rheinland-Pfalz	34 265	16 310	17 955	14 630	19 635
Saarland	11 067	4 748	6 319	4 468	6 599
Sachsen	23 722	14 550	9 172	11 618	12 104
Sachsen-Anhalt	18 497	11 963	6 534	9 347	9 150
Schleswig-Holstein	29 999	14 821	15 178	13 630	16 369
Thüringen	12 942	8 545	4 397	6 703	6 239
Deutschland	**763 864**	**364 027**	**399 837**	**344 487**	**419 377**

Tabelle 2: zu Frage 5

Empfänger und Empfängerinnen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Deutschland von 2003 bis 2009, jeweils Dezember, nach Land, Altersgruppen, Berichtszeitpunkt und Geschlecht

Lfd. Nr.	Land ------------------------------ Alter	31.12.2009			31.12.2008			31.12.2007		
		insgesamt	davon		insgesamt	davon		insgesamt	davon	
			männlich	weiblich		männlich	weiblich		männlich	weiblich
	Baden-Württemberg									
1	Zusammen....................................	71 402	32 471	38 931	74 390	32 890	41 500	70 580	30 762	39 818
	darunter									
2	65 bis unter 70 Jahre.............	12 397	5 385	7 012	13 676	5 805	7 871	13 648	5 604	8 044
3	70 bis unter 75 Jahre.............	11 228	4 349	6 879	11 293	4 252	7 041	10 076	3 770	6 306
	Bayern									
4	Zusammen....................................	88 793	39 508	49 285	88 570	38 503	50 067	86 036	36 923	49 113
	darunter									
5	65 bis unter 70 Jahre.............	16 221	7 364	8 857	17 121	7 542	9 579	17 051	7 455	9 596
6	70 bis unter 75 Jahre.............	14 569	6 045	8 524	13 821	5 574	8 247	12 218	4 838	7 380
	Berlin									
7	Zusammen....................................	57 502	27 577	29 925	56 645	26 799	29 846	51 416	24 039	27 377
	darunter									
8	65 bis unter 70 Jahre.............	12 223	6 079	6 144	12 619	6 121	6 498	11 742	5 599	6 143
9	70 bis unter 75 Jahre.............	8 854	3 654	5 200	8 746	3 596	5 150	7 667	3 124	4 543
	Brandenburg									
10	Zusammen....................................	19 370	9 965	9 405	19 821	9 832	9 989	18 805	9 187	9 618
	darunter									
11	65 bis unter 70 Jahre.............	2 145	982	1 163	2 563	1 110	1 453	2 595	1 101	1 494
12	70 bis unter 75 Jahre.............	1 935	717	1 218	1 997	672	1 325	1 827	608	1 219
	Bremen 1)									
13	Zusammen....................................	11 435	4 727	6 708	11 069	4 469	6 600	10 253	4 010	6 243
	darunter									
14	65 bis unter 70 Jahre.............	2 425	963	1 462	2 499	969	1 530	2 572	952	1 620
15	70 bis unter 75 Jahre.............	2 116	713	1 403	1 942	636	1 306	1 698	548	1 150
	Hamburg									
16	Zusammen....................................	27 554	12 634	14 920	26 917	12 078	14 839	25 346	11 324	14 022
	darunter									
17	65 bis unter 70 Jahre.............	6 771	3 356	3 415	6 915	3 353	3 562	6 711	3 210	3 501
18	70 bis unter 75 Jahre.............	5 290	2 289	3 001	4 942	2 119	2 823	4 335	1 863	2 472

Tabelle 2: zu Frage 5

Empfänger und Empfängerinnen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Deutschland von 2003 bis 2009, jeweils Dezember, nach Land, Altersgruppen, Berichtszeitpunkt und Geschlecht

31.12.2006 1)			31.12.2005			31.12.2004			31.12.2003			Lfd. Nr.
insgesamt	davon		insgesamt	davon		insgesamt	davon		insgesamt	davon		
	männlich	weiblich		männlich	weiblich		männlich	weiblich		männlich	weiblich	
Anzahl												
67 236	29 195	38 041	61 790	26 447	35 343	54 652	23 398	31 254	50 957	21 449	29 508	1
13 530	5 588	7 942	12 273	4 989	7 284	10 022	4 049	5 973	9 240	3 744	5 496	2
8 897	3 346	5 551	7 902	2 969	4 933	6 859	2 560	4 299	6 481	2 381	4 100	3
82 833	35 791	47 042	79 613	33 771	45 842	70 208	29 051	41 157	63 577	25 527	38 050	4
16 771	7 451	9 320	15 918	6 910	9 008	13 418	5 778	7 640	12 351	5 322	7 029	5
11 007	4 453	6 554	10 230	3 986	6 244	9 352	3 633	5 719	8 524	3 266	5 258	6
51 922	23 728	28 194	40 970	18 493	22 477	22 970	10 084	12 886	13 604	5 811	7 793	7
12 000	5 721	6 279	10 140	4 655	5 485	5 655	2 443	3 212	3 334	1 422	1 912	8
7 040	2 894	4 146	5 719	2 278	3 441	3 199	1 194	2 005	1 860	666	1 194	9
16 954	8 233	8 721	16 133	7 817	8 316	13 517	6 558	6 959	11 872	5 553	6 319	10
2 416	1 029	1 387	2 260	961	1 299	1 825	772	1 053	1 585	660	925	11
1 541	524	1 017	1 401	496	905	1 126	400	726	1 028	346	682	12
9 753	3 834	5 919	9 302	3 448	5 853	7 823	2 900	4 923	5 545	1 835	3 710	13
X	X	X	2 341	795	1 546	1 969	669	1 300	1 541	502	1 039	14
X	X	X	1 413	460	952	1 188	387	801	944	296	648	15
23 618	10 425	13 193	20 613	9 621	10 992	19 163	8 162	11 001	14 053	5 786	8 267	16
6 392	3 042	3 350	5 266	2 671	2 595	4 985	2 247	2 738	3 689	1 656	2 033	17
3 768	1 543	2 225	3 191	1 491	1 700	3 059	1 220	1 839	2 331	930	1 401	18

Empfänger und Empfängerinnen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Deutschland von 2003 bis 2009, jeweils Dezember, nach Land, Altersgruppen, Berichtszeitpunkt und Geschlecht

Lfd. Nr.	Land / Alter	31.12.2009			31.12.2008			31.12.2007		
		insgesamt	davon		insgesamt	davon		insgesamt	davon	
			männlich	weiblich		männlich	weiblich		männlich	weiblich
	Hessen									
19	Zusammen	63 009	28 006	35 003	62 658	27 243	35 415	60 452	25 986	34 466
	darunter									
20	65 bis unter 70 Jahre	11 575	4 915	6 660	12 142	5 055	7 087	12 274	5 020	7 254
21	70 bis unter 75 Jahre	10 254	3 948	6 306	10 002	3 830	6 172	9 023	3 404	5 619
	Mecklenburg-Vorpommern									
22	Zusammen	16 319	8 577	7 742	16 782	8 531	8 251	15 635	7 768	7 867
	darunter									
23	65 bis unter 70 Jahre	1 638	758	880	1 941	840	1 101	1 999	832	1 167
24	70 bis unter 75 Jahre	1 580	612	968	1 697	608	1 089	1 498	536	962
	Niedersachsen									
25	Zusammen	82 824	37 612	45 212	83 260	36 954	46 306	78 276	34 363	43 913
	darunter									
26	65 bis unter 70 Jahre	13 364	5 779	7 585	14 566	5 981	8 585	14 464	5 787	8 677
27	70 bis unter 75 Jahre	12 474	4 680	7 794	12 165	4 526	7 639	10 437	3 872	6 565
	Nordrhein-Westfalen									
28	Zusammen	195 164	83 014	112 150	195 656	81 416	114 240	191 858	79 023	112 835
	darunter									
29	65 bis unter 70 Jahre	35 625	14 039	21 586	38 380	14 645	23 735	39 645	14 897	24 748
30	70 bis unter 75 Jahre	33 333	11 755	21 578	32 233	11 113	21 120	29 370	10 149	19 221
	Rheinland-Pfalz									
31	Zusammen	34 265	14 630	19 635	34 759	14 736	20 023	32 047	13 343	18 704
	darunter									
32	65 bis unter 70 Jahre	5 390	2 215	3 175	5 828	2 357	3 471	5 812	2 313	3 499
33	70 bis unter 75 Jahre	5 145	1 868	3 277	5 079	1 813	3 266	4 383	1 527	2 856
	Saarland									
34	Zusammen	11 067	4 468	6 599	10 979	4 352	6 627	10 497	4 161	6 336
	darunter									
35	65 bis unter 70 Jahre	2 106	801	1 305	2 184	813	1 371	2 241	884	1 357
36	70 bis unter 75 Jahre	1 934	634	1 300	1 877	603	1 274	1 658	516	1 142

Empfänger und Empfängerinnen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Deutschland von 2003 bis 2009, jeweils Dezember, nach Land, Altersgruppen, Berichtszeitpunkt und Geschlecht

31.12.2006 1)			31.12.2005			31.12.2004			31.12.2003			Lfd. Nr.
insgesamt	davon		insgesamt	davon		insgesamt	davon		insgesamt	davon		
	männlich	weiblich		männlich	weiblich		männlich	weiblich		männlich	weiblich	
Anzahl												
57 303	24 465	32 838	53 489	22 606	30 883	46 430	19 205	27 225	36 845	14 563	22 282	19
12 180	4 982	7 198	11 469	4 690	6 779	9 675	3 807	5 868	8 047	3 145	4 902	20
8 168	3 081	5 087	7 388	2 772	4 616	6 555	2 454	4 101	5 561	2 051	3 510	21
14 863	7 265	7 598	14 246	6 909	7 337	11 596	5 659	5 937	8 757	4 058	4 699	22
2 080	885	1 195	2 017	852	1 165	1 521	658	863	1 235	499	736	23
1 326	471	855	1 271	438	833	976	344	632	774	273	501	24
74 064	32 463	41 601	68 670	29 866	38 804	55 868	23 241	32 627	44 655	17 769	26 886	25
14 245	5 707	8 538	13 072	5 254	7 818	10 477	3 973	6 504	8 584	3 240	5 344	26
9 244	3 457	5 787	8 205	3 094	5 111	6 642	2 358	4 284	5 695	1 936	3 759	27
164 661	65 567	99 094	155 043	61 197	93 846	127 306	47 462	79 844	106 151	37 451	68 700	28
37 919	14 126	23 793	35 937	13 327	22 610	30 275	10 926	19 349	26 482	9 394	17 088	29
24 828	8 610	16 218	22 121	7 681	14 440	19 240	6 574	12 666	17 216	5 656	11 560	30
31 834	13 388	18 446	30 325	12 666	17 659	27 105	10 680	16 425	23 397	8 859	14 538	31
6 019	2 435	3 584	5 479	2 168	3 311	4 957	1 872	3 085	4 483	1 702	2 781	32
4 126	1 478	2 648	3 671	1 331	2 340	3 470	1 217	2 253	3 275	1 138	2 137	33
9 725	3 775	5 950	9 340	3 583	5 757	6 952	2 344	4 608	5 770	1 890	3 880	34
2 083	791	1 292	2 183	804	1 379	1 829	629	1 200	1 561	498	1 063	35
1 461	439	1 022	1 348	415	933	1 167	336	831	1 014	283	731	36

Empfänger und Empfängerinnen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Deutschland von 2003 bis 2009, jeweils Dezember, nach Land, Altersgruppen, Berichtszeitpunkt und Geschlecht

Lfd. Nr.	Land / Alter	31.12.2009			31.12.2008			31.12.2007		
		insgesamt	davon männlich	davon weiblich	insgesamt	davon männlich	davon weiblich	insgesamt	davon männlich	davon weiblich
	Sachsen									
37	Zusammen	23 722	11 618	12 104	24 276	11 562	12 714	23 029	10 889	12 140
	darunter									
38	65 bis unter 70 Jahre	2 763	1 258	1 505	3 107	1 370	1 737	3 240	1 438	1 802
39	70 bis unter 75 Jahre	2 629	1 033	1 596	2 615	970	1 645	2 320	860	1 460
	Sachsen-Anhalt									
40	Zusammen	18 497	9 347	9 150	19 109	9 276	9 833	18 519	8 963	9 556
	darunter									
41	65 bis unter 70 Jahre	2 006	894	1 112	2 386	1 004	1 382	2 557	1 095	1 462
42	70 bis unter 75 Jahre	1 925	742	1 183	2 021	716	1 305	1 806	637	1 169
	Schleswig-Holstein									
43	Zusammen	29 999	13 630	16 369	29 707	13 184	16 523	27 358	12 058	15 300
	darunter									
44	65 bis unter 70 Jahre	5 404	2 325	3 079	5 557	2 313	3 244	5 262	2 126	3 136
45	70 bis unter 75 Jahre	4 418	1 610	2 808	4 284	1 514	2 770	3 650	1 293	2 357
	Thüringen									
46	Zusammen	12 942	6 703	6 239	13 084	6 547	6 537	12 495	6 118	6 377
	darunter									
47	65 bis unter 70 Jahre	1 331	624	707	1 513	671	842	1 560	662	898
48	70 bis unter 75 Jahre	1 276	489	787	1 235	453	782	1 119	392	727
	Deutschland 1)									
49	**Insgesamt**	**763 864**	**344 487**	**419 377**	**767 682**	**338 372**	**429 310**	**732 602**	**318 917**	**413 685**
	darunter									
50	**65 bis unter 70 Jahre**	**133 384**	**57 737**	**75 647**	**142 997**	**59 949**	**83 048**	**143 373**	**58 975**	**84 398**
51	**70 bis unter 75 Jahre**	**118 960**	**45 138**	**73 822**	**115 949**	**42 995**	**72 954**	**103 085**	**37 937**	**65 148**

1) Berichtsjahr 2006 Altersgruppen ohne Bremen (Softwareprobleme).

Empfänger und Empfängerinnen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Deutschland von 2003 bis 2009, jeweils Dezember, nach Land, Altersgruppen, Berichtszeitpunkt und Geschlecht

31.12.2006 1)			31.12.2005			31.12.2004			31.12.2003			Lfd. Nr.
insgesamt	davon		insgesamt	davon		insgesamt	davon		insgesamt	davon		
	männlich	weiblich		männlich	weiblich		männlich	weiblich		männlich	weiblich	
Anzahl												
21 778	10 238	11 540	21 149	9 844	11 305	18 224	8 610	9 614	16 413	7 634	8 779	37
3 129	1 360	1 769	3 023	1 277	1 746	2 363	1 026	1 337	2 020	835	1 185	38
1 958	728	1 230	1 833	676	1 157	1 469	530	939	1 324	456	868	39
17 415	8 317	9 098	16 802	7 878	8 924	14 334	6 697	7 637	11 706	5 214	6 492	40
2 461	1 032	1 429	2 432	1 032	1 400	2 001	834	1 167	1 543	608	935	41
1 509	537	972	1 448	488	960	1 132	380	752	988	289	699	42
26 519	11 625	14 894	22 059	9 449	12 610	21 121	9 022	12 099	17 627	7 079	10 548	43
5 292	2 144	3 148	4 748	1 850	2 898	4 043	1 527	2 516	3 752	1 380	2 372	44
3 297	1 166	2 131	2 803	977	1 826	2 373	824	1 549	2 226	749	1 477	45
11 513	5 600	5 913	10 751	5 152	5 599	8 765	4 111	4 654	7 902	3 579	4 323	46
1 546	646	900	1 401	590	811	1 220	511	709	1 073	454	619	47
940	347	593	884	315	569	696	233	463	704	220	484	48
681 991	**393 909**	**388 082**	**630 295**	**268 747**	**361 547**	**526 034**	**217 184**	**308 850**	**438 831**	**174 057**	**264 774**	49
138 063	**56 939**	**81 124**	**129 959**	**52 825**	**77 134**	**106 235**	**41 721**	**64 514**	**90 520**	**35 061**	**55 459**	50
89 110	**33 074**	**56 036**	**80 828**	**29 867**	**50 960**	**68 503**	**24 644**	**43 859**	**59 945**	**20 936**	**39 009**	51

Tabelle 3: zu Fragen 7 und 8

Empfänger und Empfängerinnen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Deutschland nach Land und Durchschnittsbeträgen für die Bedarfe im Berichtsmonat Dezember 2003

Insgesamt

Land	Insgesamt	Durchschnitt im Berichtsmonat			Durchschnittliche Aufwendungen für Unterkunft und Heizung gem. § 3 Abs. 1 Nr. 2 GSiG im Berichtsmonat 1)
		Brutto-bedarf	Regelsatz gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 GSiG	Netto-bedarf	
	Anzahl	Euro			
Baden-Württemberg	50 957	574	304	326	229
Bayern	63 577	567	295	308	229
Berlin	13 604	598	314	300	248
Brandenburg	11 872	513	287	229	193
Bremen	5 545	647	324	295	286
Hamburg	14 053	667	318	326	326
Hessen	36 845	620	313	347	267
Mecklenburg-Vorpommern	8 757	527	290	245	210
Niedersachsen	44 655	550	308	289	202
Nordrhein-Westfalen	106 151	583	315	300	226
Rheinland-Pfalz	23 397	539	308	294	193
Saarland	5 770	539	320	281	175
Sachsen	16 413	522	285	225	206
Sachsen-Anhalt	11 706	520	289	220	201
Schleswig-Holstein	17 627	576	311	314	226
Thüringen	7 902	505	288	205	189
Deutschland	438 831	572	306	298	227

1) Die Durchschnittsbeträge beziehen sich nur auf Empfänger/-innen der jeweiligen Leistung.

65 Jahre und älter

Land	Insgesamt	Durchschnitt im Berichtsmonat			Durchschnittliche Aufwendungen für Unterkunft und Heizung gem. § 3 Abs. 1 Nr. 2 GSiG im Berichtsmonat 1)
		Brutto-bedarf	Regelsatz gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 GSiG	Netto-bedarf	
	Anzahl	Euro			
Baden-Württemberg	27 164	581	312	267	236
Bayern	38 184	572	302	283	236
Berlin	7 960	593	321	252	245
Brandenburg	4 494	525	299	205	206
Bremen	3 947	653	326	285	296
Hamburg	9 613	669	325	308	320
Hessen	23 170	622	320	326	272
Mecklenburg-Vorpommern	3 471	526	300	218	211
Niedersachsen	24 815	557	316	245	212
Nordrhein-Westfalen	72 766	586	319	281	238
Rheinland-Pfalz	14 136	544	315	261	199
Saarland	4 051	552	325	280	188
Sachsen	6 156	527	297	204	214
Sachsen-Anhalt	4 634	533	302	198	214
Schleswig-Holstein	9 913	582	319	264	232
Thüringen	3 260	510	297	199	197
Deutschland	**257 734**	**580**	**314**	**272**	**237**

1) Die Durchschnittsbeträge beziehen sich nur auf Empfänger/-innen der jeweiligen Leistung.

18 bis unter 65 Jahren

Land	Insgesamt	Durchschnitt im Berichtsmonat			Durchschnittliche Aufwendungen für Unterkunft und Heizung gem. § 3 Abs. 1 Nr. 2 GSiG im Berichtsmonat 1)
		Brutto-bedarf	Regelsatz gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 GSiG	Netto-bedarf	
	Anzahl	Euro			
Baden-Württemberg	23 793	565	294	393	222
Bayern	25 393	559	284	345	219
Berlin	5 644	605	304	369	251
Brandenburg	7 378	506	281	244	186
Bremen	1 598	631	319	320	261
Hamburg	4 440	665	305	365	338
Hessen	13 675	617	302	384	260
Mecklenburg-Vorpommern	5 286	528	283	262	209
Niedersachsen	19 840	542	298	344	190
Nordrhein-Westfalen	33 385	576	305	341	200
Rheinland-Pfalz	9 261	532	297	344	183
Saarland	1 719	510	308	282	143
Sachsen	10 257	519	277	238	202
Sachsen-Anhalt	7 072	511	280	235	193
Schleswig-Holstein	7 714	569	300	378	219
Thüringen	4 642	501	282	209	184
Deutschland	**181 097**	**560**	**294**	**335**	**213**

1) Die Durchschnittsbeträge beziehen sich nur auf Empfänger/-innen der jeweiligen Leistung.

Tabelle 3: Fragen 7 und 8

Empfänger und Empfängerinnen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Deutschland nach Land und Durchschnittsbeträgen für die Bedarfe im Berichtsmonat Dezember 2004

Insgesamt

Land	Insgesamt	Durchschnitt im Berichtsmonat			Durchschnittliche Aufwendungen für Unterkunft und Heizung gem. § 3 Abs. 1 Nr. 2 GSiG im Berichts- monat 1)
		Brutto- bedarf	Regelsatz gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 GSiG	Netto- bedarf	
	Anzahl	Euro			
Baden-Württemberg	54 652	581	305	333	235
Bayern	70 208	575	296	313	236
Berlin	22 970	604	316	303	251
Brandenburg	13 517	525	288	245	202
Bremen	7 823	643	320	317	285
Hamburg	19 163	674	319	342	330
Hessen	46 430	625	312	358	272
Mecklenburg-Vorpommern	11 596	546	289	260	228
Niedersachsen	55 868	579	307	315	230
Nordrhein-Westfalen	127 306	610	314	314	250
Rheinland-Pfalz	27 105	555	308	315	204
Saarland	6 952	576	317	302	213
Sachsen	18 224	526	285	243	209
Sachsen-Anhalt	14 334	522	289	241	202
Schleswig-Holstein	21 121	610	308	344	258
Thüringen	8 765	505	288	222	187
Deutschland	**526 034**	**589**	**306**	**313**	**242**

1) Die Durchschnittsbeträge beziehen sich nur auf Empfänger/-innen der jeweiligen Leistung.

65 Jahre und älter

Land	Insgesamt	Durchschnitt im Berichtsmonat			Durchschnittliche Aufwendungen für Unterkunft und Heizung gem. § 3 Abs. 1 Nr. 2 GSiG im Berichts- monat 1)
		Brutto- bedarf	Regelsatz gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 GSiG	Netto- bedarf	
	Anzahl	Euro			
Baden-Württemberg	28 795	591	313	274	245
Bayern	40 840	584	303	286	247
Berlin	13 322	599	321	256	250
Brandenburg	4 889	543	299	211	222
Bremen	4 940	649	324	285	296
Hamburg	12 551	675	325	315	326
Hessen	27 026	625	319	323	276
Mecklenburg-Vorpommern	4 227	553	298	224	237
Niedersachsen	29 143	585	315	264	240
Nordrhein-Westfalen	80 969	616	319	285	265
Rheinland-Pfalz	15 196	560	316	275	211
Saarland	4 900	590	320	286	232
Sachsen	6 894	538	297	216	224
Sachsen-Anhalt	5 580	536	302	218	216
Schleswig-Holstein	10 471	614	317	277	263
Thüringen	3 394	513	297	202	198
Deutschland	**293 137**	**599**	**314**	**279**	**254**

1) Die Durchschnittsbeträge beziehen sich nur auf Empfänger/-innen der jeweiligen Leistung.

18 bis unter 65 Jahren

Land	Insgesamt	Durchschnitt im Berichtsmonat			Durchschnittliche Aufwendungen für Unterkunft und Heizung gem. § 3 Abs. 1 Nr. 2 GSiG im Berichts- monat 1)
		Brutto- bedarf	Regelsatz gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 GSiG	Netto- bedarf	
	Anzahl	Euro			
Baden-Württemberg	25 857	570	296	399	223
Bayern	29 368	562	286	351	221
Berlin	9 648	611	308	369	252
Brandenburg	8 628	514	282	265	191
Bremen	2 883	633	312	371	266
Hamburg	6 612	673	306	394	337
Hessen	19 404	625	303	407	266
Mecklenburg-Vorpommern	7 369	542	283	281	222
Niedersachsen	26 725	572	299	371	218
Nordrhein-Westfalen	46 337	601	305	366	224
Rheinland-Pfalz	11 909	548	299	365	196
Saarland	2 052	541	308	338	169
Sachsen	11 330	518	278	259	200
Sachsen-Anhalt	8 754	512	281	256	193
Schleswig-Holstein	10 650	606	300	410	253
Thüringen	5 371	499	282	235	180
Deutschland	**232 897**	**576**	**296**	**356**	**226**

1) Die Durchschnittsbeträge beziehen sich nur auf Empfänger/-innen der jeweiligen Leistung.

Tabelle 3: Fragen 7 und 8

Empfänger und Empfängerinnen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Deutschland nach Land und Durchschnittsbeträgen für die Bedarfe im Berichtsmonat Dezember 2005

Insgesamt

Land	Insgesamt	Durchschnitt im Berichtsmonat			Durchschnittliche Aufwendungen für Unterkunft und Heizung gem. § 42 Nr. 2 SGB XII im Berichtsmonat 1) 2)
		Bruttobedarf	Regelsatz gem. § 42 Nr. 1 SGB XII	Nettobedarf	
	Anzahl	Euro			
Baden-Württemberg	61 790	599	305	388	264
Bayern	79 613	609	303	397	275
Berlin	40 970	662	315	368	318
Brandenburg	16 133	539	292	297	217
Bremen 2)	9 302	765	380	377	X
Hamburg	20 613	694	386	409	330
Hessen	53 489	644	320	414	293
Mecklenburg-Vorpommern	14 246	553	292	309	236
Niedersachsen	68 670	585	309	384	254
Nordrhein-Westfalen	155 043	613	312	397	267
Rheinland-Pfalz	30 325	559	307	377	225
Saarland	9 340	600	311	384	242
Sachsen	21 149	540	289	296	221
Sachsen-Anhalt	16 802	537	289	296	224
Schleswig-Holstein	22 059	617	314	398	269
Thüringen	10 751	524	289	290	216
Deutschland 2)	**630 296**	**605**	**310**	**381**	**266**

1) Die Durchschnittsbeträge beziehen sich nur auf Empfänger/-innen der jeweiligen Leistung.
2) Bremen: Für Unterkunft und Heizung keine durchschnittlliche Aufwendung (Softwareprobleme).

65 Jahre und älter

Land	Insgesamt	Durchschnitt im Berichtsmonat			Durchschnittliche Aufwendungen für Unterkunft und Heizung gem. § 42 Nr. 2 SGB XII im Berichtsmonat 1) 2)
		Bruttobedarf	Regelsatz gem. § 42 Nr. 1 SGB XII	Nettobedarf	
	Anzahl	Euro			
Baden-Württemberg	33 464	613	314	338	266
Bayern	45 202	624	312	360	280
Berlin	23 890	653	321	343	317
Brandenburg	6 065	561	303	265	235
Bremen 2)	5 874	772	385	339	X
Hamburg	13 194	709	381	395	329
Hessen	30 634	640	321	377	296
Mecklenburg-Vorpommern	5 372	563	303	282	245
Niedersachsen	35 104	595	318	329	258
Nordrhein-Westfalen	91 658	624	321	354	275
Rheinland-Pfalz	15 867	571	316	327	228
Saarland	5 626	612	320	353	252
Sachsen	8 573	556	301	275	232
Sachsen-Anhalt	6 575	553	303	267	232
Schleswig-Holstein	11 694	626	322	343	274
Thüringen	4 063	539	300	256	223
Deutschland 2)	**342 855**	**618**	**319**	**344**	**273**

1) Die Durchschnittsbeträge beziehen sich nur auf Empfänger/-innen der jeweiligen Leistung.
2) Bremen: Für Unterkunft und Heizung keine durchschnittlliche Aufwendung (Softwareprobleme).

18 bis unter 65 Jahren

Land	Insgesamt	Durchschnitt im Berichtsmonat			Durchschnittliche Aufwendungen für Unterkunft und Heizung gem. § 42 Nr. 2 SGB XII im Berichtsmonat 1) 2)
		Bruttobedarf	Regelsatz gem. § 42 Nr. 1 SGB XII	Nettobedarf	
	Anzahl	Euro			
Baden-Württemberg	28 326	582	295	447	262
Bayern	34 411	590	291	445	268
Berlin	17 080	675	307	402	319
Brandenburg	10 068	525	284	316	206
Bremen 2)	3 428	753	371	441	X
Hamburg	7 419	668	396	435	335
Hessen	22 855	649	319	463	288
Mecklenburg-Vorpommern	8 874	546	286	325	230
Niedersachsen	33 566	574	299	442	251
Nordrhein-Westfalen	63 385	596	301	458	254
Rheinland-Pfalz	14 458	547	297	432	222
Saarland	3 714	581	297	432	228
Sachsen	12 576	528	280	310	214
Sachsen-Anhalt	10 227	526	280	316	219
Schleswig-Holstein	10 365	606	305	460	262
Thüringen	6 688	515	283	311	212
Deutschland 2)	**287 440**	**588**	**300**	**424**	**256**

1) Die Durchschnittsbeträge beziehen sich nur auf Empfänger/-innen der jeweiligen Leistung.
2) Bremen: Für Unterkunft und Heizung keine durchschnittlliche Aufwendung (Softwareprobleme).

Tabelle 3: zu Fragen 7 und 8
Empfänger und Empfängerinnen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Deutschland nach Land und Durchschnittsbeträgen für die Bedarfe im Berichtsmonat Dezember 2006

Insgesamt

Land	Insgesamt	Durchschnitt im Berichtsmonat			Durchschnittliche Aufwendungen für Unterkunft und Heizung gem. § 42 Nr. 2 SGB XII im Berichtsmonat 1)
		Bruttobedarf	Regelsatz gem. § 42 Nr. 1 SGB XII	Nettobedarf	
	Anzahl	Euro			
Baden-Württemberg	67 236	609	306	393	271
Bayern	82 833	623	305	396	279
Berlin	51 922	671	313	325	328
Brandenburg	16 954	547	294	303	222
Bremen 2)	9 753	X	X	X	X
Hamburg	23 618	692	321	434	341
Hessen	57 303	651	321	419	296
Mecklenburg-Vorpommern	14 863	557	294	311	237
Niedersachsen	74 064	593	309	386	259
Nordrhein-Westfalen	164 661	619	314	396	271
Rheinland-Pfalz	31 834	572	309	383	232
Saarland	9 725	612	313	386	251
Sachsen	21 778	541	291	300	221
Sachsen-Anhalt	17 415	542	290	304	225
Schleswig-Holstein	26 519	627	311	408	278
Thüringen	11 513	530	290	297	217
Deutschland 2)	**681 991**	**614**	**309**	**381**	**272**

1) Die Durchschnittsbeträge beziehen sich nur auf Empfänger/-innen der jeweiligen Leistung.
2) Berichtsjahr 2006 Durchschnittsbeträge ohne Bremen (Softwareprobleme).

65 Jahre und älter

Land	Insgesamt	Durchschnitt im Berichtsmonat			Durchschnittliche Aufwendungen für Unterkunft und Heizung gem. § 42 Nr. 2 SGB XII im Berichtsmonat 1)
		Bruttobedarf	Regelsatz gem. § 42 Nr. 1 SGB XII	Nettobedarf	
	Anzahl	Euro			
Baden-Württemberg	36 348	624	315	341	275
Bayern	47 331	639	315	357	286
Berlin	29 543	661	318	306	327
Brandenburg	6 452	571	306	261	242
Bremen 2)	6 008	X	X	X	X
Hamburg	15 267	692	327	395	338
Hessen	32 614	648	321	376	300
Mecklenburg-Vorpommern	5 618	573	305	281	251
Niedersachsen	37 852	605	319	328	264
Nordrhein-Westfalen	97 517	632	322	354	281
Rheinland-Pfalz	17 109	583	317	339	237
Saarland	5 642	629	322	348	263
Sachsen	8 889	557	303	274	234
Sachsen-Anhalt	6 633	563	304	272	237
Schleswig-Holstein	13 391	639	321	342	283
Thüringen	4 329	550	302	256	228
Deutschland 2)	**370 543**	**627**	**318**	**342**	**281**

1) Die Durchschnittsbeträge beziehen sich nur auf Empfänger/-innen der jeweiligen Leistung.
2) Berichtsjahr 2006 Durchschnittsbeträge ohne Bremen (Softwareprobleme).

18 bis unter 65 Jahren

Land	Insgesamt	Durchschnitt im Berichtsmonat			Durchschnittliche Aufwendungen für Unterkunft und Heizung gem. § 42 Nr. 2 SGB XII im Berichtsmonat 1)
		Bruttobedarf	Regelsatz gem. § 42 Nr. 1 SGB XII	Nettobedarf	
	Anzahl	Euro			
Baden-Württemberg	30 888	591	295	454	267
Bayern	35 502	602	293	447	270
Berlin	22 379	684	308	350	328
Brandenburg	10 502	533	286	328	210
Bremen 2)	3 745	X	X	X	X
Hamburg	8 351	693	310	504	347
Hessen	24 689	653	320	477	290
Mecklenburg-Vorpommern	9 245	546	287	329	229
Niedersachsen	36 212	580	298	448	254
Nordrhein-Westfalen	67 144	601	302	457	256
Rheinland-Pfalz	14 725	560	299	435	226
Saarland	4 083	589	299	439	233
Sachsen	12 889	531	282	318	212
Sachsen-Anhalt	10 782	529	281	324	218
Schleswig-Holstein	13 128	616	301	476	272
Thüringen	7 184	519	283	321	209
Deutschland 2)	**311 448**	**597**	**299**	**427**	**261**

1) Die Durchschnittsbeträge beziehen sich nur auf Empfänger/-innen der jeweiligen Leistung.
2) Berichtsjahr 2006 Durchschnittsbeträge ohne Bremen (Softwareprobleme).

Tabelle 3: zu Fragen 7 und 8
Empfänger und Empfängerinnen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Deutschland nach Land und Durchschnittsbeträgen für die Bedarfe im Berichtsmonat Dezember 2007

Insgesamt

Land	Insgesamt	Durchschnitt im Berichtsmonat			Durchschnittliche Aufwendungen für Unterkunft und Heizung gem. § 42 Nr. 2 SGB XII im Berichtsmonat 1)
		Bruttobedarf	Regelsatz gem. § 42 Nr. 1 SGB XII	Nettobedarf	
	Anzahl	Euro			
Baden-Württemberg	70 580	621	309	395	277
Bayern	86 036	631	311	394	283
Berlin	51 416	687	322	296	329
Brandenburg	18 805	573	309	328	227
Bremen	10 253	665	325	409	295
Hamburg	25 346	705	325	439	346
Hessen	60 452	654	317	425	300
Mecklenburg-Vorpommern	15 635	584	309	328	242
Niedersachsen	78 276	605	312	390	261
Nordrhein-Westfalen	191 858	627	315	404	276
Rheinland-Pfalz	32 047	586	313	387	237
Saarland	10 497	620	314	392	254
Sachsen	23 029	559	305	320	223
Sachsen-Anhalt	18 519	563	306	311	227
Schleswig-Holstein	27 358	640	313	412	283
Thüringen	12 495	554	305	307	221
Deutschland	**732 602**	**625**	**314**	**385**	**276**

1) Die Durchschnittsbeträge beziehen sich nur auf Empfänger/-innen der jeweiligen Leistung.

65 Jahre und älter

Land	Insgesamt	Durchschnitt im Berichtsmonat			Durchschnittliche Aufwendungen für Unterkunft und Heizung gem. § 42 Nr. 2 SGB XII im Berichtsmonat 1)
		Bruttobedarf	Regelsatz gem. § 42 Nr. 1 SGB XII	Nettobedarf	
	Anzahl	Euro			
Baden-Württemberg	38 395	637	318	344	282
Bayern	49 395	650	321	354	291
Berlin	28 548	678	328	315	329
Brandenburg	7 104	600	322	271	250
Bremen	6 343	673	330	364	302
Hamburg	16 427	706	330	398	344
Hessen	34 139	660	325	378	306
Mecklenburg-Vorpommern	5 774	602	321	288	256
Niedersachsen	40 043	617	322	327	268
Nordrhein-Westfalen	107 547	644	325	353	287
Rheinland-Pfalz	17 180	600	321	339	245
Saarland	6 179	636	324	355	264
Sachsen	9 584	581	320	284	239
Sachsen-Anhalt	7 213	584	320	274	241
Schleswig-Holstein	13 867	652	323	343	290
Thüringen	4 630	576	319	260	235
Deutschland	**392 368**	**642**	**323**	**344**	**287**

1) Die Durchschnittsbeträge beziehen sich nur auf Empfänger/-innen der jeweiligen Leistung.

18 bis unter 65 Jahren

Land	Insgesamt	Durchschnitt im Berichtsmonat			Durchschnittliche Aufwendungen für Unterkunft und Heizung gem. § 42 Nr. 2 SGB XII im Berichtsmonat 1)
		Bruttobedarf	Regelsatz gem. § 42 Nr. 1 SGB XII	Nettobedarf	
	Anzahl	Euro			
Baden-Württemberg	32 185	600	297	456	271
Bayern	36 641	606	298	449	271
Berlin	22 868	697	315	273	329
Brandenburg	11 701	556	301	363	213
Bremen	3 910	652	316	483	283
Hamburg	8 919	705	315	516	350
Hessen	26 313	645	308	485	293
Mecklenburg-Vorpommern	9 861	574	302	352	233
Niedersachsen	38 233	592	302	455	254
Nordrhein-Westfalen	84 311	606	302	467	260
Rheinland-Pfalz	14 867	569	304	442	227
Saarland	4 318	597	301	445	238
Sachsen	13 445	543	294	345	211
Sachsen-Anhalt	11 306	549	297	335	218
Schleswig-Holstein	13 491	628	303	482	274
Thüringen	7 865	540	297	335	212
Deutschland	**340 234**	**607**	**302**	**433**	**263**

1) Die Durchschnittsbeträge beziehen sich nur auf Empfänger/-innen der jeweiligen Leistung.

Tabelle 3: zu Fragen 7 und 8

Empfänger und Empfängerinnen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Deutschland nach Land und Durchschnittsbeträgen für die Bedarfe im Berichtsmonat Dezember 2008

Insgesamt

Land	Insgesamt	Durchschnitt im Berichtsmonat			Durchschnitt-liche Aufwendungen für Unterkunft und Heizung gem. § 42 Nr. 2 SGB XII im Berichts-monat 1)
		Brutto-bedarf	Regelsatz gem. § 42 Nr. 1 SGB XII	Netto-bedarf	
	Anzahl	Euro			
Baden-Württemberg	74 390	639	313	408	288
Bayern	88 570	649	319	405	289
Berlin	56 645	676	329	411	335
Brandenburg	19 821	586	314	334	233
Bremen	11 069	677	326	421	304
Hamburg	26 917	722	330	449	354
Hessen	62 658	669	321	435	308
Mecklenburg-Vorpommern	16 782	595	313	332	246
Niedersachsen	83 260	619	316	399	268
Nordrhein-Westfalen	195 656	641	319	409	282
Rheinland-Pfalz	34 759	600	317	389	243
Saarland	10 979	638	318	408	262
Sachsen	24 276	566	307	323	226
Sachsen-Anhalt	19 109	572	309	318	231
Schleswig-Holstein	29 707	650	318	414	288
Thüringen	13 084	564	308	313	224
Deutschland	**767 682**	**638**	**318**	**400**	**283**

1) Die Durchschnittsbeträge beziehen sich nur auf Empfänger/-innen der jeweiligen Leistung.

65 Jahre und älter

Land	Insgesamt	Durchschnitt im Berichtsmonat			Durchschnitt-liche Aufwendungen für Unterkunft und Heizung gem. § 42 Nr. 2 SGB XII im Berichts-monat 1)
		Brutto-bedarf	Regelsatz gem. § 42 Nr. 1 SGB XII	Netto-bedarf	
	Anzahl	Euro			
Baden-Württemberg	40 243	656	323	353	293
Bayern	51 386	671	329	368	300
Berlin	31 118	679	333	420	337
Brandenburg	7 325	616	327	273	258
Bremen	6 683	688	333	373	312
Hamburg	17 487	723	335	406	354
Hessen	35 470	677	329	388	314
Mecklenburg-Vorpommern	5 993	617	325	291	264
Niedersachsen	42 444	632	327	336	276
Nordrhein-Westfalen	109 853	659	329	360	295
Rheinland-Pfalz	18 534	616	325	338	253
Saarland	6 426	656	327	369	276
Sachsen	9 833	591	325	284	243
Sachsen-Anhalt	7 237	598	324	275	249
Schleswig-Holstein	15 202	663	327	346	295
Thüringen	4 724	589	324	264	240
Deutschland	**409 958**	**657**	**328**	**358**	**295**

1) Die Durchschnittsbeträge beziehen sich nur auf Empfänger/-innen der jeweiligen Leistung.

18 bis unter 65 Jahren

Land	Insgesamt	Durchschnitt im Berichtsmonat			Durchschnitt-liche Aufwendungen für Unterkunft und Heizung gem. § 42 Nr. 2 SGB XII im Berichts-monat 1)
		Brutto-bedarf	Regelsatz gem. § 42 Nr. 1 SGB XII	Netto-bedarf	
	Anzahl	Euro			
Baden-Württemberg	34 147	618	300	473	281
Bayern	37 184	619	305	455	274
Berlin	25 527	673	324	400	332
Brandenburg	12 496	568	306	370	218
Bremen	4 386	660	315	495	290
Hamburg	9 430	721	321	528	356
Hessen	27 188	660	312	497	299
Mecklenburg-Vorpommern	10 789	583	306	355	237
Niedersachsen	40 816	606	305	465	260
Nordrhein-Westfalen	85 803	619	307	473	265
Rheinland-Pfalz	16 225	583	307	448	231
Saarland	4 553	612	306	465	243
Sachsen	14 443	548	296	350	214
Sachsen-Anhalt	11 872	557	299	345	220
Schleswig-Holstein	14 505	638	308	486	279
Thüringen	8 360	549	299	341	214
Deutschland	**357 724**	**617**	**307**	**448**	**268**

1) Die Durchschnittsbeträge beziehen sich nur auf Empfänger/-innen der jeweiligen Leistung.

Tabelle 3: zu Fragen 7 und 8

Empfänger und Empfängerinnen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Deutschland nach Land und Durchschnittsbeträgen für die Bedarfe im Berichtsmonat Dezember 2009

Insgesamt

Land	Insgesamt	Durchschnitt im Berichtsmonat			Durchschnittliche Aufwendungen für Unterkunft und Heizung gem. § 42 Nr. 2 SGB XII im Berichtsmonat 1)
		Bruttobedarf	Regelsatz gem. § 42 Nr. 1 SGB XII	Nettobedarf	
	Anzahl	Euro			
Baden-Württemberg	71 402	654	321	437	292
Bayern	88 793	667	326	425	296
Berlin	57 502	734	336	452	354
Brandenburg	19 370	597	319	360	237
Bremen	11 435	690	334	429	306
Hamburg	27 554	741	337	468	363
Hessen	63 009	684	327	457	312
Mecklenburg-Vorpommern	16 319	604	319	357	247
Niedersachsen	82 824	637	324	425	273
Nordrhein-Westfalen	195 164	661	327	433	290
Rheinland-Pfalz	34 265	613	323	402	248
Saarland	11 067	647	325	414	270
Sachsen	23 722	577	314	348	228
Sachsen-Anhalt	18 497	581	313	349	232
Schleswig-Holstein	29 999	671	326	433	296
Thüringen	12 942	576	314	332	227
Deutschland	**763 864**	**658**	**326**	**424**	**290**

1) Die Durchschnittsbeträge beziehen sich nur auf Empfänger/-innen der jeweiligen Leistung.

65 Jahre und älter

Land	Insgesamt	Durchschnitt im Berichtsmonat			Durchschnittliche Aufwendungen für Unterkunft und Heizung gem. § 42 Nr. 2 SGB XII im Berichtsmonat 1)
		Bruttobedarf	Regelsatz gem. § 42 Nr. 1 SGB XII	Nettobedarf	
	Anzahl	Euro			
Baden-Württemberg	37 722	673	332	379	300
Bayern	51 029	691	337	390	309
Berlin	30 818	732	340	384	356
Brandenburg	6 624	627	335	293	262
Bremen	6 851	701	341	380	315
Hamburg	17 763	743	342	424	363
Hessen	34 947	693	335	410	321
Mecklenburg-Vorpommern	5 388	626	332	317	265
Niedersachsen	41 103	650	334	359	282
Nordrhein-Westfalen	108 037	677	337	381	302
Rheinland-Pfalz	17 955	629	333	350	259
Saarland	6 319	663	335	373	284
Sachsen	9 172	607	333	307	247
Sachsen-Anhalt	6 534	607	329	296	251
Schleswig-Holstein	15 178	684	335	364	305
Thüringen	4 397	604	331	283	245
Deutschland	**399 837**	**678**	**336**	**376**	**303**

1) Die Durchschnittsbeträge beziehen sich nur auf Empfänger/-innen der jeweiligen Leistung.

18 bis unter 65 Jahren

Land	Insgesamt	Durchschnitt im Berichtsmonat			Durchschnittliche Aufwendungen für Unterkunft und Heizung gem. § 42 Nr. 2 SGB XII im Berichtsmonat 1)
		Bruttobedarf	Regelsatz gem. § 42 Nr. 1 SGB XII	Nettobedarf	
	Anzahl	Euro			
Baden-Württemberg	33 680	634	308	502	282
Bayern	37 764	635	311	472	278
Berlin	26 684	735	331	531	352
Brandenburg	12 746	582	310	395	224
Bremen	4 584	674	324	501	292
Hamburg	9 791	738	328	548	362
Hessen	28 062	672	318	515	300
Mecklenburg-Vorpommern	10 931	593	312	376	238
Niedersachsen	41 721	624	313	489	264
Nordrhein-Westfalen	87 127	641	315	497	275
Rheinland-Pfalz	16 310	596	313	458	237
Saarland	4 748	625	313	467	252
Sachsen	14 550	559	302	374	216
Sachsen-Anhalt	11 963	566	305	377	221
Schleswig-Holstein	14 821	658	316	504	285
Thüringen	8 545	562	305	357	217
Deutschland	**364 027**	**637**	**314**	**478**	**275**

1) Die Durchschnittsbeträge beziehen sich nur auf Empfänger/-innen der jeweiligen Leistung.

Tabelle 4: zu Fragen 7 und 8

Empfänger und Empfängerinnen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Deutschland nach Land und Durchschnittsbetrag für den Mehrbedarf nach GSiG im Berichtsmonat im Dezember 2003

Insgesamt

Land	Insgesamt	Durchschnittlicher Mehrbedarf gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 4 GSiG pro Monat 1)
	Anzahl	Euro
Baden-Württemberg	50 957	22
Bayern	63 577	22
Berlin	13 604	22
Brandenburg	11 872	28
Bremen	5 545	17
Hamburg	14 053	7
Hessen	36 845	19
Mecklenburg-Vorpommern	8 757	25
Niedersachsen	44 655	21
Nordrhein-Westfalen	106 151	20
Rheinland-Pfalz	23 397	20
Saarland	5 770	15
Sachsen	16 413	28
Sachsen-Anhalt	11 706	26
Schleswig-Holstein	17 627	20
Thüringen	7 902	24
Deutschland	**438 831**	**21**

1) Die Durchschnittsbeträge beziehen sich nur auf Empfänger/-innen der jeweiligen Leistung.

Tabelle 4: zu Fragen 7 und 8

Empfänger und Empfängerinnen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Deutschland am nach Land und Durchschnittsbetrag für den Mehrbedarf nach GSiG im Berichtsmonat im Dezember 2004

Insgesamt

Land	Insgesamt	Durchschnittlicher Mehrbedarf gem. § 3 Abs. 1 Nr. 4 GSiG pro Monat 1)
	Anzahl	Euro
Baden-Württemberg	54 652	21
Bayern	70 208	22
Berlin	22 970	21
Brandenburg	13 517	28
Bremen	7 823	18
Hamburg	19 163	8
Hessen	46 430	19
Mecklenburg-Vorpommern	11 596	25
Niedersachsen	55 868	22
Nordrhein-Westfalen	127 306	20
Rheinland-Pfalz	27 105	21
Saarland	6 952	16
Sachsen	18 224	28
Sachsen-Anhalt	14 334	26
Schleswig-Holstein	21 121	22
Thüringen	8 765	24
Deutschland	**526 034**	**21**

1) Die Durchschnittsbeträge beziehen sich nur auf Empfänger/-innen der jeweiligen Leistung.

Tabelle 4: zu Fragen 7 und 8

Empfänger und Empfängerinnen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Deutschland nach Land und Durchschnittsbeträgen für die Mehrbedarfe nach SGB XII im Berichtsmonat Dezember 2005

Insgesamt

Land	Insgesamt	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Empfänger/-innen im Besitz eines Ausweises mit Merkzeichen "G" im Berichtsmonat 1) 2)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für werdende Mütter nach der 12. Schwangerschafts-woche im Berichtsmonat 1) 3)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Alleinerziehende mit einem Kind unter 7 bzw. zwei oder drei Kindern unter 16 Jahren im Berichtsmonat 1) 4)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Alleinerziehende, bei denen die Voraussetzungen nach §30 Abs. 3 Nr. 1 SGB XII nicht vorliegen, im Berichtsmonat 1) 5)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Personen mit Eingliederungshilfe im Berichtsmonat 1) 6)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für kostenaufwändige Ernährung im Berichtsmonat 1) 7)
	Anzahl	Euro					
Baden-Württemberg	61 790	50	53	124	59	100	39
Bayern	79 613	49	50	115	53	99	45
Berlin	40 970	53	55	73	166	-	39
Brandenburg	16 133	48	53	115	82	50	44
Bremen 8)	9 302	X	X	X	X	X	X
Hamburg	20 613	68	99	175	66	-	56
Hessen	53 489	51	52	112	58	110	46
Mecklenburg-Vorpommern	14 246	48	50	111	94	92	48
Niedersachsen	68 670	51	41	110	76	64	42
Nordrhein-Westfalen	155 043	51	53	125	60	110	49
Rheinland-Pfalz	30 325	51	50	117	69	98	45
Saarland	9 340	50	59	124	69	96	45
Sachsen	21 149	47	51	119	84	99	43
Sachsen-Anhalt	16 802	47	50	139	91	35	41
Schleswig-Holstein	22 059	52	35	153	72	137	47
Thüringen	10 751	47	53	118	39	96	44
Deutschland 8)	**630 296**	**50**	**49**	**109**	**68**	**102**	**44**

1) Die Durchschnittsbeträge beziehen sich nur auf Empfänger/-innen der jeweiligen Leistung.
2) Mehrbedarf bei Besitz eines Ausweises nach § 69 Abs. 5 SGB IX mit Merkzeichen "G" (17 % des maßgebenden Regelsatzes gem. § 30 Abs. 1 SGB XII).
3) Mehrbedarf für werdende Mütter nach der 12. Schwangerschaftswoche (17 % des maßgebenden Regelsatzes gem. § 30 Abs. 2 SGB XII).
4) Mehrbedarf für Alleinerziehende mit einem Kind unter 7 bzw. zwei oder drei Kindern unter 16 Jahren (36 % des Eckregelsatzes gem. § 30 Abs. 3 Nr. 1 SGB XII).
5) Mehrbedarf für Alleinerziehende sofern die Voraussetzungen nach § 30 Abs. 3 Nr. 1 SGB XII nicht vorliegen (12 % des Eckregelsatzes je minderjährigem Kind gem. § 30 Abs. 3 Nr. 2 SGB XII).
6) Mehrbedarf für behinderte Personen, für die Eingliederungshilfe nach § 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 SGB XII geleistet wird (35 % des maßgebenden Regelsatzes gem. § 30 Abs. 4 SGB XII).
7) Mehrbedarf für kostenaufwändige Ernährung in angemessener Höhe gem. § 30 Abs. 5 SGB XII.
8) Berichtsjahr 2005 Durchschnittsbeträge ohne Bremen (Softwareprobleme).

Tabelle 4: zu Fragen 7 und 8

Empfänger und Empfängerinnen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Deutschland am 31.12.2006 nach Land und Durchschnittsbeträgen für die Mehrbedarfe nach SGB XII im Berichtsmonat Dezember 2006

Insgesamt

Land	Insgesamt	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Empfänger/-innen im Besitz eines Ausweises mit Merkzeichen "G" im Berichtsmonat 1) 2)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für werdende Mütter nach der 12. Schwangerschafts-woche im Berichtsmonat 1) 3)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Alleinerziehende mit einem Kind unter 7 bzw. zwei oder drei Kindern unter 16 Jahren im Berichtsmonat 1) 4)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Alleinerziehende, bei denen die Voraussetzungen nach §30 Abs. 3 Nr. 1 SGB XII nicht vorliegen, im Berichtsmonat 1) 5)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Personen mit Eingliederungshilfe im Berichtsmonat 1) 6)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für kostenaufwändige Ernährung im Berichtsmonat 1) 7)
	Anzahl	Euro					
Baden-Württemberg	67 236	50	53	112	61	102	39
Bayern	82 833	49	53	115	55	99	45
Berlin	51 922	53	56	71	41	-	38
Brandenburg	16 954	48	51	117	72	53	42
Bremen 8)	9 753	X	X	X	X	X	X
Hamburg	23 618	56	55	124	45	85	43
Hessen	57 303	51	56	124	62	108	45
Mecklenburg-Vorpommern	14 863	48	49	115	87	81	47
Niedersachsen	74 064	51	52	117	69	95	45
Nordrhein-Westfalen	164 661	52	51	124	57	105	52
Rheinland-Pfalz	31 834	51	53	112	63	104	43
Saarland	9 725	51	54	125	72	96	45
Sachsen	21 778	47	49	115	83	100	39
Sachsen-Anhalt	17 415	47	50	126	89	-	39
Schleswig-Holstein	26 519	52	52	124	63	52	41
Thüringen	11 513	48	53	119	62	94	40
Deutschland 8)	**681 991**	**50**	**52**	**105**	**64**	**94**	**43**

1) Die Durchschnittsbeträge beziehen sich nur auf Empfänger/-innen der jeweiligen Leistung.
2) Mehrbedarf bei Besitz eines Ausweises nach § 69 Abs. 5 SGB IX mit Merkzeichen "G" (17 % des maßgebenden Regelsatzes gem. § 30 Abs. 1 SGB XII).
3) Mehrbedarf für werdende Mütter nach der 12. Schwangerschaftswoche (17 % des maßgebenden Regelsatzes gem. § 30 Abs. 2 SGB XII).
4) Mehrbedarf für Alleinerziehende mit einem Kind unter 7 bzw. zwei oder drei Kindern unter 16 Jahren (36 % des Eckregelsatzes gem. § 30 Abs. 3 Nr. 1 SGB XII).
5) Mehrbedarf für Alleinerziehende sofern die Voraussetzungen nach § 30 Abs. 3 Nr. 1 SGB XII nicht vorliegen (12 % des Eckregelsatzes je minderjährigem Kind gem. § 30 Abs. 3 Nr. 2 SGB XII).
6) Mehrbedarf für behinderte Personen, für die Eingliederungshilfe nach § 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 SGB XII geleistet wird (35 % des maßgebenden Regelsatzes gem. § 30 Abs. 4 SGB XII).
7) Mehrbedarf für kostenaufwändige Ernährung in angemessener Höhe gem. § 30 Abs. 5 SGB XII.
8) Berichtsjahr 2006 Durchschnittsbeträge ohne Bremen (Softwareprobleme).

65 Jahre und älter

Land	Insgesamt	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Empfänger/-innen im Besitz eines Ausweises mit Merkzeichen "G" im Berichtsmonat 1) 2)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für werdende Mütter nach der 12. Schwangerschafts-woche im Berichtsmonat 1) 3)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Alleinerziehende mit einem Kind unter 7 bzw. zwei oder drei Kindern unter 16 Jahren im Berichtsmonat 1) 4)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Alleinerziehende, bei denen die Voraussetzungen nach §30 Abs. 3 Nr. 1 SGB XII nicht vorliegen, im Berichtsmonat 1) 5)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Personen mit Eingliederungshilfe im Berichtsmonat 1) 6)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für kostenaufwändige Ernährung im Berichtsmonat 1) 7)
	Anzahl	Euro					
Baden-Württemberg	36 348	52	-	77	59	-	39
Bayern	47 331	51	-	124	52	84	45
Berlin	29 543	24	-	49	-	-	39
Brandenburg	6 452	50	-	-	74	-	43
Bremen 8)	6 008	X	X	X	X	X	X
Hamburg	15 267	57	-	124	41	-	43
Hessen	32 614	54	-	-	41	-	45
Mecklenburg-Vorpommern	5 618	51	-	119	39	92	49
Niedersachsen	37 852	53	-	110	62	73	45
Nordrhein-Westfalen	97 517	54	-	124	55	104	54
Rheinland-Pfalz	17 109	53	-	124	41	-	43
Saarland	5 642	54	-	-	-	-	45
Sachsen	8 889	50	-	-	79	-	38
Sachsen-Anhalt	6 633	49	-	158	67	-	39
Schleswig-Holstein	13 391	54	-	-	53	55	41
Thüringen	4 329	49	-	-	-	-	39
Deutschland 8)	**370 543**	**53**	**-**	**74**	**57**	**101**	**43**

1) Die Durchschnittsbeträge beziehen sich nur auf Empfänger/-innen der jeweiligen Leistung.
2) Mehrbedarf bei Besitz eines Ausweises nach § 69 Abs. 5 SGB IX mit Merkzeichen "G" (17 % des maßgebenden Regelsatzes gem. § 30 Abs. 1 SGB XII).
3) Mehrbedarf für werdende Mütter nach der 12. Schwangerschaftswoche (17 % des maßgebenden Regelsatzes gem. § 30 Abs. 2 SGB XII).
4) Mehrbedarf für Alleinerziehende mit einem Kind unter 7 bzw. zwei oder drei Kindern unter 16 Jahren (36 % des Eckregelsatzes gem. § 30 Abs. 3 Nr. 1 SGB XII).
5) Mehrbedarf für Alleinerziehende sofern die Voraussetzungen nach § 30 Abs. 3 Nr. 1 SGB XII nicht vorliegen (12 % des Eckregelsatzes je minderjährigem Kind gem. § 30 Abs. 3 Nr. 2 SGB XII).
6) Mehrbedarf für behinderte Personen, für die Eingliederungshilfe nach § 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 SGB XII geleistet wird (35 % des maßgebenden Regelsatzes gem. § 30 Abs. 4 SGB XII).
7) Mehrbedarf für kostenaufwändige Ernährung in angemessener Höhe gem. § 30 Abs. 5 SGB XII.
8) Berichtsjahr 2006 Durchschnittsbeträge ohne Bremen (Softwareprobleme).

18 bis unter 65 Jahren

Land	Insgesamt	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Empfänger/-innen im Besitz eines Ausweises mit Merkzeichen "G" im Berichtsmonat 1) 2)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für werdende Mütter nach der 12. Schwangerschafts-woche im Berichtsmonat 1) 3)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Alleinerziehende mit einem Kind unter 7 bzw. zwei oder drei Kindern unter 16 Jahren im Berichtsmonat 1) 4)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Alleinerziehende, bei denen die Voraussetzungen nach §30 Abs. 3 Nr. 1 SGB XII nicht vorliegen, im Berichtsmonat 1) 5)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Personen mit Eingliederungshilfe im Berichtsmonat 1) 6)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für kostenaufwändige Ernährung im Berichtsmonat 1) 7)
	Anzahl	Euro					
Baden-Württemberg	30 888	49	53	114	62	102	39
Bayern	35 502	48	53	115	56	99	45
Berlin	22 379	53	56	73	41	-	37
Brandenburg	10 502	48	51	117	72	53	41
Bremen 8)	3 745	X	X	X	X	X	X
Hamburg	8 351	56	55	124	45	85	41
Hessen	24 689	50	56	124	62	108	45
Mecklenburg-Vorpommern	9 245	48	49	115	90	77	46
Niedersachsen	36 212	50	52	117	69	99	45
Nordrhein-Westfalen	67 144	50	51	124	57	105	48
Rheinland-Pfalz	14 725	50	53	112	65	104	44
Saarland	4 083	49	54	125	72	96	45
Sachsen	12 889	47	49	115	83	100	40
Sachsen-Anhalt	10 782	47	50	124	89	-	39
Schleswig-Holstein	13 128	50	52	124	64	51	42
Thüringen	7 184	47	53	119	62	94	42
Deutschland 8)	**311 448**	**49**	**52**	**106**	**65**	**93**	**42**

1) Die Durchschnittsbeträge beziehen sich nur auf Empfänger/-innen der jeweiligen Leistung.
2) Mehrbedarf bei Besitz eines Ausweises nach § 69 Abs. 5 SGB IX mit Merkzeichen "G" (17 % des maßgebenden Regelsatzes gem. § 30 Abs. 1 SGB XII).
3) Mehrbedarf für werdende Mütter nach der 12. Schwangerschaftswoche (17 % des maßgebenden Regelsatzes gem. § 30 Abs. 2 SGB XII).
4) Mehrbedarf für Alleinerziehende mit einem Kind unter 7 bzw. zwei oder drei Kindern unter 16 Jahren (36 % des Eckregelsatzes gem. § 30 Abs. 3 Nr. 1 SGB XII).
5) Mehrbedarf für Alleinerziehende sofern die Voraussetzungen nach § 30 Abs. 3 Nr. 1 SGB XII nicht vorliegen (12 % des Eckregelsatzes je minderjährigem Kind gem. § 30 Abs. 3 Nr. 2 SGB XII).
6) Mehrbedarf für behinderte Personen, für die Eingliederungshilfe nach § 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 SGB XII geleistet wird (35 % des maßgebenden Regelsatzes gem. § 30 Abs. 4 SGB XII).
7) Mehrbedarf für kostenaufwändige Ernährung in angemessener Höhe gem. § 30 Abs. 5 SGB XII.
8) Berichtsjahr 2006 Durchschnittsbeträge ohne Bremen (Softwareprobleme).

Tabelle 4: zu Fragen 7 und 8

Empfänger und Empfängerinnen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Deutschland nach Land und Durchschnittsbeträgen für die Mehrbedarfe nach SGB XII im Berichtsmonat Dezember 2007

Insgesamt

Land	Insgesamt	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Empfänger/-innen im Besitz eines Ausweises mit Merkzeichen "G" im Berichtsmonat 1) 2)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für werdende Mütter nach der 12. Schwangerschafts-woche im Berichtsmonat 1) 3)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Alleinerziehende mit einem Kind unter 7 bzw. zwei oder drei Kindern unter 16 Jahren im Berichtsmonat 1) 4)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Alleinerziehende, bei denen die Voraussetzungen nach §30 Abs. 3 Nr. 1 SGB XII nicht vorliegen, im Berichtsmonat 1) 5)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Personen mit Eingliederungshilfe im Berichtsmonat 1) 6)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für kostenaufwändige Ernährung im Berichtsmonat 1) 7)
	Anzahl	Euro					
Baden-Württemberg	70 580	51	53	113	56	104	39
Bayern	86 036	50	53	120	55	100	42
Berlin	51 416	53	57	70	167	-	38
Brandenburg	18 805	51	53	120	63	97	41
Bremen	10 253	54	59	125	50	105	41
Hamburg	25 346	57	56	127	43	74	42
Hessen	60 452	52	56	120	57	108	42
Mecklenburg-Vorpommern	15 635	51	51	121	85	46	47
Niedersachsen	78 276	52	52	117	62	97	44
Nordrhein-Westfalen	191 858	52	53	125	54	100	52
Rheinland-Pfalz	32 047	51	56	114	50	90	42
Saarland	10 497	51	53	125	65	97	44
Sachsen	23 029	50	54	121	79	101	36
Sachsen-Anhalt	18 519	49	53	131	88	-	39
Schleswig-Holstein	27 358	52	53	118	64	94	39
Thüringen	12 495	50	53	125	56	105	40
Deutschland	**732 602**	**51**	**54**	**108**	**61**	**99**	**42**

1) Die Durchschnittsbeträge beziehen sich nur auf Empfänger/-innen der jeweiligen Leistung.
2) Mehrbedarf bei Besitz eines Ausweises nach § 69 Abs. 5 SGB IX mit Merkzeichen "G" (17 % des maßgebenden Regelsatzes gem. § 30 Abs. 1 SGB XII).
3) Mehrbedarf für werdende Mütter nach der 12. Schwangerschaftswoche (17 % des maßgebenden Regelsatzes gem. § 30 Abs. 2 SGB XII).
4) Mehrbedarf für Alleinerziehende mit einem Kind unter 7 bzw. zwei oder drei Kindern unter 16 Jahren (36 % des Eckregelsatzes gem. § 30 Abs. 3 Nr. 1 SGB XII).
5) Mehrbedarf für Alleinerziehende sofern die Voraussetzungen nach § 30 Abs. 3 Nr. 1 SGB XII nicht vorliegen (12 % des Eckregelsatzes je minderjährigem Kind gem. § 30 Abs. 3 Nr. 2 SGB XII).
6) Mehrbedarf für behinderte Personen, für die Eingliederungshilfe nach § 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 SGB XII geleistet wird (35 % des maßgebenden Regelsatzes gem. § 30 Abs. 4 SGB XII).
7) Mehrbedarf für kostenaufwändige Ernährung in angemessener Höhe gem. § 30 Abs. 5 SGB XII.

65 Jahre und älter

Land	Insgesamt	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Empfänger/-innen im Besitz eines Ausweises mit Merkzeichen "G" im Berichtsmonat 1) 2)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für werdende Mütter nach der 12. Schwangerschafts-woche im Berichtsmonat 1) 3)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Alleinerziehende mit einem Kind unter 7 bzw. zwei oder drei Kindern unter 16 Jahren im Berichtsmonat 1) 4)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Alleinerziehende, bei denen die Voraussetzungen nach §30 Abs. 3 Nr. 1 SGB XII nicht vorliegen, im Berichtsmonat 1) 5)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Personen mit Eingliederungshilfe im Berichtsmonat 1) 6)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für kostenaufwändige Ernährung im Berichtsmonat 1) 7)
	Anzahl	Euro					
Baden-Württemberg	38 395	53	-	75	50	81	39
Bayern	49 395	52	-	125	52	121	42
Berlin	28 548	50	-	50	-	-	39
Brandenburg	7 104	53	-	125	75	-	41
Bremen	6 343	56	-	-	42	-	42
Hamburg	16 427	57	-	139	42	59	43
Hessen	34 139	54	-	124	51	-	42
Mecklenburg-Vorpommern	5 774	54	-	125	41	34	48
Niedersachsen	40 043	54	-	83	62	95	44
Nordrhein-Westfalen	107 547	54	-	125	54	95	55
Rheinland-Pfalz	17 180	54	-	125	42	97	42
Saarland	6 179	54	-	-	69	-	45
Sachsen	9 584	52	-	-	41	-	35
Sachsen-Anhalt	7 213	51	-	-	83	-	38
Schleswig-Holstein	13 867	55	-	-	49	97	39
Thüringen	4 630	52	-	125	-	-	39
Deutschland	**392 368**	**54**	**-**	**82**	**53**	**94**	**42**

1) Die Durchschnittsbeträge beziehen sich nur auf Empfänger/-innen der jeweiligen Leistung.
2) Mehrbedarf bei Besitz eines Ausweises nach § 69 Abs. 5 SGB IX mit Merkzeichen "G" (17 % des maßgebenden Regelsatzes gem. § 30 Abs. 1 SGB XII).
3) Mehrbedarf für werdende Mütter nach der 12. Schwangerschaftswoche (17 % des maßgebenden Regelsatzes gem. § 30 Abs. 2 SGB XII).
4) Mehrbedarf für Alleinerziehende mit einem Kind unter 7 bzw. zwei oder drei Kindern unter 16 Jahren (36 % des Eckregelsatzes gem. § 30 Abs. 3 Nr. 1 SGB XII).
5) Mehrbedarf für Alleinerziehende sofern die Voraussetzungen nach § 30 Abs. 3 Nr. 1 SGB XII nicht vorliegen (12 % des Eckregelsatzes je minderjährigem Kind gem. § 30 Abs. 3 Nr. 2 SGB XII).
6) Mehrbedarf für behinderte Personen, für die Eingliederungshilfe nach § 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 SGB XII geleistet wird (35 % des maßgebenden Regelsatzes gem. § 30 Abs. 4 SGB XII).
7) Mehrbedarf für kostenaufwändige Ernährung in angemessener Höhe gem. § 30 Abs. 5 SGB XII.

18 bis unter 65 Jahren

Land	Insgesamt	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Empfänger/-innen im Besitz eines Ausweises mit Merkzeichen "G" im Berichtsmonat 1) 2)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für werdende Mütter nach der 12. Schwangerschafts-woche im Berichtsmonat 1) 3)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Alleinerziehende mit einem Kind unter 7 bzw. zwei oder drei Kindern unter 16 Jahren im Berichtsmonat 1) 4)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Alleinerziehende, bei denen die Voraussetzungen nach §30 Abs. 3 Nr. 1 SGB XII nicht vorliegen, im Berichtsmonat 1) 5)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Personen mit Eingliederungshilfe im Berichtsmonat 1) 6)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für kostenaufwändige Ernährung im Berichtsmonat 1) 7)
	Anzahl	Euro					
Baden-Württemberg	32 185	49	53	117	57	104	38
Bayern	36 641	49	53	120	55	100	43
Berlin	22 868	53	57	72	167	-	36
Brandenburg	11 701	50	53	120	62	97	41
Bremen	3 910	53	59	125	50	105	39
Hamburg	8 919	56	56	125	43	75	41
Hessen	26 313	51	56	120	59	108	42
Mecklenburg-Vorpommern	9 861	50	51	120	87	46	46
Niedersachsen	38 233	51	52	119	62	98	45
Nordrhein-Westfalen	84 311	50	53	125	54	104	49
Rheinland-Pfalz	14 867	50	56	113	52	90	43
Saarland	4 318	50	53	125	65	97	43
Sachsen	13 445	49	54	121	81	101	38
Sachsen-Anhalt	11 306	49	53	131	88	-	41
Schleswig-Holstein	13 491	51	53	118	67	94	40
Thüringen	7 865	49	53	125	56	105	42
Deutschland	**340 234**	**50**	**54**	**110**	**62**	**100**	**41**

1) Die Durchschnittsbeträge beziehen sich nur auf Empfänger/-innen der jeweiligen Leistung.
2) Mehrbedarf bei Besitz eines Ausweises nach § 69 Abs. 5 SGB IX mit Merkzeichen "G" (17 % des maßgebenden Regelsatzes gem. § 30 Abs. 1 SGB XII).
3) Mehrbedarf für werdende Mütter nach der 12. Schwangerschaftswoche (17 % des maßgebenden Regelsatzes gem. § 30 Abs. 2 SGB XII).
4) Mehrbedarf für Alleinerziehende mit einem Kind unter 7 bzw. zwei oder drei Kindern unter 16 Jahren (36 % des Eckregelsatzes gem. § 30 Abs. 3 Nr. 1 SGB XII).
5) Mehrbedarf für Alleinerziehende sofern die Voraussetzungen nach § 30 Abs. 3 Nr. 1 SGB XII nicht vorliegen (12 % des Eckregelsatzes je minderjährigem Kind gem. § 30 Abs. 3 Nr. 2 SGB XII).
6) Mehrbedarf für behinderte Personen, für die Eingliederungshilfe nach § 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 SGB XII geleistet wird (35 % des maßgebenden Regelsatzes gem. § 30 Abs. 4 SGB XII).
7) Mehrbedarf für kostenaufwändige Ernährung in angemessener Höhe gem. § 30 Abs. 5 SGB XII.

Tabelle 4: zu Fragen 7 und 8

Empfänger und Empfängerinnen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Deutschland nach Land und Durchschnittsbeträgen für die Mehrbedarfe nach SGB XII im Berichtsmonat Dezember 2008

Insgesamt

Land	Insgesamt	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Empfänger/-innen im Besitz eines Ausweises mit Merkzeichen "G" im Berichtsmonat 1) 2)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für werdende Mütter nach der 12. Schwangerschafts-woche im Berichtsmonat 1) 3)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Alleinerziehende mit einem Kind unter 7 bzw. zwei oder drei Kindern unter 16 Jahren im Berichtsmonat 1) 4)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Alleinerziehende, bei denen die Voraussetzungen nach §30 Abs. 3 Nr. 1 SGB XII nicht vorliegen, im Berichtsmonat 1) 5)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Personen mit Eingliederungshilfe im Berichtsmonat 1) 6)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für kostenaufwändige Ernährung im Berichtsmonat 1) 7)
	Anzahl	Euro					
Baden-Württemberg	74 390	52	57	125	55	105	40
Bayern	88 570	52	55	128	52	100	41
Berlin	56 645	55	61	69	78	62	38
Brandenburg	19 821	52	55	125	66	92	41
Bremen	11 069	55	58	126	48	104	40
Hamburg	26 917	58	60	126	43	73	43
Hessen	62 658	53	57	106	61	111	47
Mecklenburg-Vorpommern	16 782	52	52	121	84	47	46
Niedersachsen	83 260	53	55	121	59	99	45
Nordrhein-Westfalen	195 656	53	52	126	53	108	50
Rheinland-Pfalz	34 759	52	56	126	53	93	42
Saarland	10 979	53	54	126	61	101	43
Sachsen	24 276	51	55	122	76	96	36
Sachsen-Anhalt	19 109	50	54	127	88	-	38
Schleswig-Holstein	29 707	53	54	125	62	89	40
Thüringen	13 084	51	55	126	42	109	40
Deutschland	**767 682**	**52**	**55**	**113**	**62**	**101**	**42**

1) Die Durchschnittsbeträge beziehen sich nur auf Empfänger/-innen der jeweiligen Leistung.
2) Mehrbedarf bei Besitz eines Ausweises nach § 69 Abs. 5 SGB IX mit Merkzeichen "G" (17 % des maßgebenden Regelsatzes gem. § 30 Abs. 1 SGB XII).
3) Mehrbedarf für werdende Mütter nach der 12. Schwangerschaftswoche (17 % des maßgebenden Regelsatzes gem. § 30 Abs. 2 SGB XII).
4) Mehrbedarf für Alleinerziehende mit einem Kind unter 7 bzw. zwei oder drei Kindern unter 16 Jahren (36 % des Eckregelsatzes gem. § 30 Abs. 3 Nr. 1 SGB XII).
5) Mehrbedarf für Alleinerziehende sofern die Voraussetzungen nach § 30 Abs. 3 Nr. 1 SGB XII nicht vorliegen (12 % des Eckregelsatzes je minderjährigem Kind gem. § 30 Abs. 3 Nr. 2 SGB XII).
6) Mehrbedarf für behinderte Personen, für die Eingliederungshilfe nach § 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 SGB XII geleistet wird (35 % des maßgebenden Regelsatzes gem. § 30 Abs. 4 SGB XII).
7) Mehrbedarf für kostenaufwändige Ernährung in angemessener Höhe gem. § 30 Abs. 5 SGB XII.

65 Jahre und älter

Land	Insgesamt	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Empfänger/-innen im Besitz eines Ausweises mit Merkzeichen "G" im Berichtsmonat 1) 2)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für werdende Mütter nach der 12. Schwangerschafts-woche im Berichtsmonat 1) 3)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Alleinerziehende mit einem Kind unter 7 bzw. zwei oder drei Kindern unter 16 Jahren im Berichtsmonat 1) 4)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Alleinerziehende, bei denen die Voraussetzungen nach §30 Abs. 3 Nr. 1 SGB XII nicht vorliegen, im Berichtsmonat 1) 5)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Personen mit Eingliederungshilfe im Berichtsmonat 1) 6)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für kostenaufwändige Ernährung im Berichtsmonat 1) 7)
	Anzahl	Euro					
Baden-Württemberg	40 243	54	-	126	52	104	39
Bayern	51 386	54	-	131	50	131	41
Berlin	31 118	56	-	47	115	63	39
Brandenburg	7 325	54	-	126	56	79	42
Bremen	6 683	57	-	-	42	-	41
Hamburg	17 487	58	-	126	42	59	43
Hessen	35 470	55	-	83	49	98	48
Mecklenburg-Vorpommern	5 993	54	-	114	42	48	46
Niedersachsen	42 444	55	-	84	60	98	45
Nordrhein-Westfalen	109 853	55	-	126	55	106	53
Rheinland-Pfalz	18 534	55	-	126	51	81	41
Saarland	6 426	56	-	126	63	-	43
Sachsen	9 833	53	-	126	-	-	35
Sachsen-Anhalt	7 237	52	-	-	42	-	36
Schleswig-Holstein	15 202	56	-	-	46	57	38
Thüringen	4 724	53	-	125	42	-	39
Deutschland	**409 958**	**55**	**-**	**78**	**53**	**102**	**42**

1) Die Durchschnittsbeträge beziehen sich nur auf Empfänger/-innen der jeweiligen Leistung.
2) Mehrbedarf bei Besitz eines Ausweises nach § 69 Abs. 5 SGB IX mit Merkzeichen "G" (17 % des maßgebenden Regelsatzes gem. § 30 Abs. 1 SGB XII).
3) Mehrbedarf für werdende Mütter nach der 12. Schwangerschaftswoche (17 % des maßgebenden Regelsatzes gem. § 30 Abs. 2 SGB XII).
4) Mehrbedarf für Alleinerziehende mit einem Kind unter 7 bzw. zwei oder drei Kindern unter 16 Jahren (36 % des Eckregelsatzes gem. § 30 Abs. 3 Nr. 1 SGB XII).
5) Mehrbedarf für Alleinerziehende sofern die Voraussetzungen nach § 30 Abs. 3 Nr. 1 SGB XII nicht vorliegen (12 % des Eckregelsatzes je minderjährigem Kind gem. § 30 Abs. 3 Nr. 2 SGB XII).
6) Mehrbedarf für behinderte Personen, für die Eingliederungshilfe nach § 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 SGB XII geleistet wird (35 % des maßgebenden Regelsatzes gem. § 30 Abs. 4 SGB XII).
7) Mehrbedarf für kostenaufwändige Ernährung in angemessener Höhe gem. § 30 Abs. 5 SGB XII.

18 bis unter 65 Jahren

Land	Insgesamt	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Empfänger/-innen im Besitz eines Ausweises mit Merkzeichen "G" im Berichtsmonat 1) 2)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für werdende Mütter nach der 12. Schwangerschafts-woche im Berichtsmonat 1) 3)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Alleinerziehende mit einem Kind unter 7 bzw. zwei oder drei Kindern unter 16 Jahren im Berichtsmonat 1) 4)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Alleinerziehende, bei denen die Voraussetzungen nach §30 Abs. 3 Nr. 1 SGB XII nicht vorliegen, im Berichtsmonat 1) 5)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Personen mit Eingliederungshilfe im Berichtsmonat 1) 6)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für kostenaufwändige Ernährung im Berichtsmonat 1) 7)
	Anzahl	Euro					
Baden-Württemberg	34 147	51	57	125	55	105	42
Bayern	37 184	51	55	128	53	100	42
Berlin	25 527	55	61	72	78	61	37
Brandenburg	12 496	51	55	125	67	98	40
Bremen	4 386	53	58	126	49	104	39
Hamburg	9 430	57	60	126	43	74	40
Hessen	27 188	52	57	108	63	112	46
Mecklenburg-Vorpommern	10 789	52	52	121	86	47	46
Niedersachsen	40 816	52	55	121	58	99	46
Nordrhein-Westfalen	85 803	51	52	126	52	110	46
Rheinland-Pfalz	16 225	51	56	126	53	95	42
Saarland	4 553	51	54	126	61	101	42
Sachsen	14 443	50	55	122	76	96	37
Sachsen-Anhalt	11 872	50	54	127	89	-	40
Schleswig-Holstein	14 505	52	54	125	64	96	42
Thüringen	8 360	50	55	126	42	109	42
Deutschland	**357 724**	**51**	**55**	**115**	**62**	**101**	**42**

1) Die Durchschnittsbeträge beziehen sich nur auf Empfänger/-innen der jeweiligen Leistung.
2) Mehrbedarf bei Besitz eines Ausweises nach § 69 Abs. 5 SGB IX mit Merkzeichen "G" (17 % des maßgebenden Regelsatzes gem. § 30 Abs. 1 SGB XII).
3) Mehrbedarf für werdende Mütter nach der 12. Schwangerschaftswoche (17 % des maßgebenden Regelsatzes gem. § 30 Abs. 2 SGB XII).
4) Mehrbedarf für Alleinerziehende mit einem Kind unter 7 bzw. zwei oder drei Kindern unter 16 Jahren (36 % des Eckregelsatzes gem. § 30 Abs. 3 Nr. 1 SGB XII).
5) Mehrbedarf für Alleinerziehende sofern die Voraussetzungen nach § 30 Abs. 3 Nr. 1 SGB XII nicht vorliegen (12 % des Eckregelsatzes je minderjährigem Kind gem. § 30 Abs. 3 Nr. 2 SGB XII).
6) Mehrbedarf für behinderte Personen, für die Eingliederungshilfe nach § 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 SGB XII geleistet wird (35 % des maßgebenden Regelsatzes gem. § 30 Abs. 4 SGB XII).
7) Mehrbedarf für kostenaufwändige Ernährung in angemessener Höhe gem. § 30 Abs. 5 SGB XII.

Tabelle 4: zu Fragen 7 und 8

Empfänger und Empfängerinnen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Deutschland am 31.12.2009 nach Land und Durchschnittsbeträgen für die Mehrbedarfe nach SGB XII im Berichtsmonat Dezember 2009

Insgesamt

Land	Insgesamt	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Empfänger/-innen im Besitz eines Ausweises mit Merkzeichen "G" im Berichtsmonat 1) 2)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für werdende Mütter nach der 12. Schwangerschafts-woche im Berichtsmonat 1) 3)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Alleinerziehende mit einem Kind unter 7 bzw. zwei oder drei Kindern unter 16 Jahren im Berichtsmonat 1) 4)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Alleinerziehende, bei denen die Voraussetzungen nach §30 Abs. 3 Nr. 1 SGB XII nicht vorliegen, im Berichtsmonat 1) 5)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Personen mit Eingliederungshilfe im Berichtsmonat 1) 6)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für kostenaufwändige Ernährung im Berichtsmonat 1) 7)
	Anzahl	Euro					
Baden-Württemberg	71 402	53	58	126	55	108	41
Bayern	88 793	53	56	128	53	103	42
Berlin	57 502	56	57	121	47	108	40
Brandenburg	19 370	53	55	128	58	90	40
Bremen	11 435	56	57	129	47	108	40
Hamburg	27 554	59	-	129	45	77	43
Hessen	63 009	54	57	115	58	109	50
Mecklenburg-Vorpommern	16 319	53	56	127	75	75	51
Niedersachsen	82 824	54	57	122	61	100	49
Nordrhein-Westfalen	195 164	54	55	127	54	112	43
Rheinland-Pfalz	34 265	54	52	125	54	95	45
Saarland	11 067	54	-	129	53	106	42
Sachsen	23 722	52	58	129	59	100	39
Sachsen-Anhalt	18 497	51	57	130	87	-	43
Schleswig-Holstein	29 999	55	57	131	62	99	43
Thüringen	12 942	52	57	126	45	110	44
Deutschland	**763 864**	**54**	**56**	**126**	**58**	**106**	**43**

1) Die Durchschnittsbeträge beziehen sich nur auf Empfänger/-innen der jeweiligen Leistung.
2) Mehrbedarf bei Besitz eines Ausweises nach § 69 Abs. 5 SGB IX mit Merkzeichen "G" (17 % des maßgebenden Regelsatzes gem. § 30 Abs. 1 SGB XII).
3) Mehrbedarf für werdende Mütter nach der 12. Schwangerschaftswoche (17 % des maßgebenden Regelsatzes gem. § 30 Abs. 2 SGB XII).
4) Mehrbedarf für Alleinerziehende mit einem Kind unter 7 bzw. zwei oder drei Kindern unter 16 Jahren (36 % des Eckregelsatzes gem. § 30 Abs. 3 Nr. 1 SGB XII).
5) Mehrbedarf für Alleinerziehende sofern die Voraussetzungen nach § 30 Abs. 3 Nr. 1 SGB XII nicht vorliegen (12 % des Eckregelsatzes je minderjährigem Kind gem. § 30 Abs. 3 Nr. 2 SGB XII).
6) Mehrbedarf für behinderte Personen, für die Eingliederungshilfe nach § 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 SGB XII geleistet wird (35 % des maßgebenden Regelsatzes gem. § 30 Abs. 4 SGB XII).
7) Mehrbedarf für kostenaufwändige Ernährung in angemessener Höhe gem. § 30 Abs. 5 SGB XII.

65 Jahre und älter

Land	Insgesamt	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Empfänger/-innen im Besitz eines Ausweises mit Merkzeichen "G" im Berichtsmonat 1) 2)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für werdende Mütter nach der 12. Schwangerschafts-woche im Berichtsmonat 1) 3)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Alleinerziehende mit einem Kind unter 7 bzw. zwei oder drei Kindern unter 16 Jahren im Berichtsmonat 1) 4)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Alleinerziehende, bei denen die Voraussetzungen nach §30 Abs. 3 Nr. 1 SGB XII nicht vorliegen, im Berichtsmonat 1) 5)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Personen mit Eingliederungshilfe im Berichtsmonat 1) 6)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für kostenaufwändige Ernährung im Berichtsmonat 1) 7)
	Anzahl	Euro					
Baden-Württemberg	37 722	56	-	129	49	106	40
Bayern	51 029	56	-	135	49	105	40
Berlin	30 818	58	-	100	47	100	40
Brandenburg	6 624	56	-	-	57	90	39
Bremen	6 851	58	-	-	43	113	41
Hamburg	17 763	59	-	129	43	59	43
Hessen	34 947	57	-	43	50	-	52
Mecklenburg-Vorpommern	5 388	56	-	123	43	-	50
Niedersachsen	41 103	56	-	112	52	100	49
Nordrhein-Westfalen	108 037	57	-	113	59	122	42
Rheinland-Pfalz	17 955	56	-	129	47	72	45
Saarland	6 319	58	-	129	43	-	41
Sachsen	9 172	54	-	129	43	48	37
Sachsen-Anhalt	6 534	53	-	-	43	-	39
Schleswig-Holstein	15 178	57	-	129	49	117	41
Thüringen	4 397	54	-	73	65	-	41
Deutschland	**399 837**	**56**	**-**	**113**	**50**	**111**	**42**

1) Die Durchschnittsbeträge beziehen sich nur auf Empfänger/-innen der jeweiligen Leistung.
2) Mehrbedarf bei Besitz eines Ausweises nach § 69 Abs. 5 SGB IX mit Merkzeichen "G" (17 % des maßgebenden Regelsatzes gem. § 30 Abs. 1 SGB XII).
3) Mehrbedarf für werdende Mütter nach der 12. Schwangerschaftswoche (17 % des maßgebenden Regelsatzes gem. § 30 Abs. 2 SGB XII).
4) Mehrbedarf für Alleinerziehende mit einem Kind unter 7 bzw. zwei oder drei Kindern unter 16 Jahren (36 % des Eckregelsatzes gem. § 30 Abs. 3 Nr. 1 SGB XII).
5) Mehrbedarf für Alleinerziehende sofern die Voraussetzungen nach § 30 Abs. 3 Nr. 1 SGB XII nicht vorliegen (12 % des Eckregelsatzes je minderjährigem Kind gem. § 30 Abs. 3 Nr. 2 SGB XII).
6) Mehrbedarf für behinderte Personen, für die Eingliederungshilfe nach § 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 SGB XII geleistet wird (35 % des maßgebenden Regelsatzes gem. § 30 Abs. 4 SGB XII).
7) Mehrbedarf für kostenaufwändige Ernährung in angemessener Höhe gem. § 30 Abs. 5 SGB XII.

18 bis unter 65 Jahren

Land	Insgesamt	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Empfänger/-innen im Besitz eines Ausweises mit Merkzeichen "G" im Berichtsmonat 1) 2)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für werdende Mütter nach der 12. Schwangerschafts-woche im Berichtsmonat 1) 3)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Alleinerziehende mit einem Kind unter 7 bzw. zwei oder drei Kindern unter 16 Jahren im Berichtsmonat 1) 4)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Alleinerziehende, bei denen die Voraussetzungen nach §30 Abs. 3 Nr. 1 SGB XII nicht vorliegen, im Berichtsmonat 1) 5)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für Personen mit Eingliederungshilfe im Berichtsmonat 1) 6)	Durchschnittlicher Mehrbedarf für kostenaufwändige Ernährung im Berichtsmonat 1) 7)
	Anzahl	Euro					
Baden-Württemberg	33 680	52	58	126	56	108	43
Bayern	37 764	52	56	127	54	103	45
Berlin	26 684	55	57	122	47	120	40
Brandenburg	12 746	52	55	128	58	90	42
Bremen	4 584	55	57	129	48	107	40
Hamburg	9 791	58	-	129	45	78	42
Hessen	28 062	53	57	117	60	109	48
Mecklenburg-Vorpommern	10 931	53	56	127	76	75	51
Niedersachsen	41 721	53	57	122	62	100	49
Nordrhein-Westfalen	87 127	53	55	127	54	108	44
Rheinland-Pfalz	16 310	52	52	125	55	98	45
Saarland	4 748	52	-	129	55	106	44
Sachsen	14 550	52	58	129	60	104	41
Sachsen-Anhalt	11 963	51	57	130	88	-	46
Schleswig-Holstein	14 821	53	57	131	64	96	45
Thüringen	8 545	52	57	128	43	110	47
Deutschland	**364 027**	**53**	**56**	**126**	**58**	**105**	**44**

1) Die Durchschnittsbeträge beziehen sich nur auf Empfänger/-innen der jeweiligen Leistung.
2) Mehrbedarf bei Besitz eines Ausweises nach § 69 Abs. 5 SGB IX mit Merkzeichen "G" (17 % des maßgebenden Regelsatzes gem. § 30 Abs. 1 SGB XII).
3) Mehrbedarf für werdende Mütter nach der 12. Schwangerschaftswoche (17 % des maßgebenden Regelsatzes gem. § 30 Abs. 2 SGB XII).
4) Mehrbedarf für Alleinerziehende mit einem Kind unter 7 bzw. zwei oder drei Kindern unter 16 Jahren (36 % des Eckregelsatzes gem. § 30 Abs. 3 Nr. 1 SGB XII).
5) Mehrbedarf für Alleinerziehende sofern die Voraussetzungen nach § 30 Abs. 3 Nr. 1 SGB XII nicht vorliegen (12 % des Eckregelsatzes je minderjährigem Kind gem. § 30 Abs. 3 Nr. 2 SGB XII).
6) Mehrbedarf für behinderte Personen, für die Eingliederungshilfe nach § 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 SGB XII geleistet wird (35 % des maßgebenden Regelsatzes gem. § 30 Abs. 4 SGB XII).
7) Mehrbedarf für kostenaufwändige Ernährung in angemessener Höhe gem. § 30 Abs. 5 SGB XII.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333